

Zitatliste der #OffensiveBundestagswahl2021

Inhaltsverzeichnis

AfD - Parteiprogramm zur Bundestagswahl 2017	2
AfD - Parteiprogramm zur Bundestagswahl 2021	11
AfD - Grundsatzprogramm	47
NPD - Wahlprogramm.....	55
Der dritte Weg - 10 Punkte Programm.....	67
Die Rechte - Programm der Partei	79
Quellen	88

Jedes Zitat ist mit einer Nummer versehen.

Wenn du ein Zitat aus unserer Liste benutzen möchtest, dann teile uns bitte beim Versenden des Videos an uns auch die zum Zitat dazugehörige Nummer mit. So können wir dies einfacher nachverfolgen.

Solltest du kein Zitat aus unserer Liste benutzen, teile uns das bitte auch mit und sage uns, woher dieses Zitat stammt.

AfD - Parteiprogramm zur Bundestagswahl 2017

1. Verteidigung der Demokratie in Deutschland

Nummer 101

Diese Allmacht (der Altparteien) ist Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit und der freiheitsbeschränkenden „politischen Korrektheit“ sowie des Meinungsdictats in allen öffentlichen Diskursen.

Seite 9, Punkt 1.7

Nummer 102

Die Alternative für Deutschland tritt für die Bewahrung bzw. Wiederherstellung der bürgerlichen Selbstbestimmung im Zivilrechtsverkehr ein. Deshalb lehnen wir sogenannte „Antidiskriminierungsgesetze“ ab.

Seite 12, Punkt 1.15.1

2. Der Euro ist gescheitert: Währung, Geld- und Finanzpolitik

Nummer 103

Die Geschäftsgrundlage des Euro war: Keine Haftung für die Schulden anderer Länder und keine Staatsschulden über 60 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts. Diese Regeln sind zerstört worden.

Deshalb muss Deutschland die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen.

Seite 14, Punkt 2.1

Nummer 104

Deutschland muss auch in einem plötzlichen währungspolitischen Krisenfall handlungsfähig sein.

Wir wollen deshalb für die Wiedereinführung einer neuen nationalen Währung („Deutsche Mark“) rechtzeitige Vorkehrungen treffen. Für den Fall einer Verschärfung der Finanzkrise wollen wir schon jetzt vorsorglich ein gesetzliches Maßnahmenpaket auf den Weg bringen. Das im Ausland gelagerte Gold der Bundesbank muss vollständig und umgehend nach Deutschland überführt werden. Bei der Wiedereinführung der Deutschen Mark könnte Deutschland das Gold als temporäre Deckungsoption benötigen.

Seite 16, Punkt 2.5

3. Außen- und Sicherheitspolitik: Deutsche Interessen durchsetzen

Nummer 105

Die Wehrpflichtarmee hat der Bundesrepublik Deutschland über mehr als fünf Jahrzehnte gute Dienste geleistet. Die AfD fordert die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht.

Seite 19, Punkt 3.3

Nummer 106

Es muss deshalb wieder ein deutscher Grenzschutz aufgebaut werden, der die Staatsgrenzen zu schützen vermag.

Seite 20, Punkt 3.4

4. Innere Sicherheit

Nummer 107

Der erhebliche Anteil von Ausländern gerade bei der Gewalt- und Drogenkriminalität, führt derzeit viel zu selten zu ausländerrechtlichen Maßnahmen. Insbesondere können sich ausländische Kriminelle sehr häufig auf Abschiebungshindernisse berufen und sind auf diese Weise von Abschiebung verschont. Die Einbürgerung Krimineller ist zuverlässig zu verhindern, durch die Verhinderung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit durch bloße Geburt in Deutschland, weil hierdurch u.a. Angehörige krimineller Clans automatisch zu deutschen Staatsbürgern werden können.

Seite 23, Punkt 4.1

Nummer 108

Die Mehrzahl der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität sind Ausländer.

Seite 25, Punkt 4.6

5. Asyl braucht Grenzen: Zuwanderung und Asyl

Nummer 109

Ziel der AfD ist Selbsterhaltung, nicht Selbstzerstörung unseres Staates und Volkes. Die Zukunft Deutschlands und Europas muss langfristig gesichert werden. Wir wollen unseren Nachkommen ein Land hinterlassen, das noch als unser Deutschland erkennbar ist.

Seite 28, Punkt 5.1

Nummer 110

Die Grenzen müssen umgehend geschlossen werden, um die unregelmäßige Massenimmigration in unser Land und seine Sozialsysteme durch überwiegend beruflich unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden.

Eine erfolgreiche Anpassung all dieser Menschen, darunter ein beträchtlicher Anteil von Analphabeten, ist unmöglich.

Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt, und ausschließlich qualifizierten Zuzug nach Bedarf zulassen.

Seite 28, Punkt 5.2

Nummer 111

Das „Gemeinsame europäische Asylsystem“ (GEAS) lehnen wir ab. Die europäische Zusammenarbeit soll sich im Wesentlichen auf die Sicherung der europäischen Außengrenze konzentrieren. Asylanträge sind deshalb außerhalb Europas zu stellen. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex und die Bundeswehr müssen ihre Schlepper-Hilfsdienste auf dem Mittelmeer beenden und alle Flüchtlingsboote an ihre Ausgangsorte zurückbringen, anstatt die Passagiere nach Europa zu befördern.

Seite 30, Punkt 5.5

Nummer 112

Das Geburtsortsprinzip (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit allein durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wollen wir wieder aus dem Gesetz streichen und zum Abstammungsprinzip, wie es bis zum Jahr 2000 galt, zurückkehren.

Seite 32, Punkt 5.10

6. Der Islam im Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

Nummer 113

Der Islam gehört nicht zu Deutschland.

Seite 34, Punkt 6

Nummer 114

Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftszeichen ebenso ab wie den Muezzin-Ruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Es handelt sich hierbei um religiösen Imperialismus.

Seite 35, Punkt 6

Nummer 115

Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden, in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2015, nach dem ein generelles Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen verfassungswidrig sei, betrachte(n wir) als ein Hindernis für eine erfolgreiche Integrationspolitik.

Seite 35, Punkt 6

7. Willkommenskultur für Kinder: Familienförderung und Bevölkerungsentwicklung

Nummer 116

(Wir wollen) das vom Grundgesetz geschützte und bewährte Leitbild der Ehe und traditionellen Familie mit Kindern bewahren und stärken.

Seite 37, Punkt 7.2

Nummer 117

Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in klarem Widerspruch zum Grundgesetz. Die Gender-Ideologie widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie als auch der lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen.

Wir lehnen daher Bestrebungen auf nationaler wie internationaler Ebene ab, diese Ideologie durch Instrumente wie Gender-Studies, Quotenregelungen z.B. für Frauen, Propagandaaktionen wie den „Equal Pay Day“ oder die „geschlechterneutrale Sprache“ umzusetzen.

Seite 40, Punkt 7.7

Nummer 118

Die AfD will, dass sich die Familienpolitik des Bundes und der Länder am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientiert. Wir lehnen alle Versuche ab, den Sinn des Wortes „Familie“ im Grundgesetz auf andere Gemeinschaften auszudehnen.

Seite 40, Punkt 7.7

Nummer 119

Die „Gender-Forschung“ ist keine seriöse Wissenschaft, sondern folgt der ideologischen Vorgabe, dass das natürliche Geschlecht (Sex) und das soziale Geschlecht (Gender) voneinander völlig unabhängig seien. Ziel ist letztlich die Abschaffung der natürlichen Geschlechterpolarität.

Seite 41, Punkt 7.7.2

8. Bildung und Schule: Mut zur Differenzierung

Nummer 120

Integration heißt nicht, dass Deutschland sich Muslimen anpasst. Integration heißt, dass die Muslime sich Deutschland anpassen.

Seite 45, Punkt 8.8

9. Kultur und Medien

Nummer 121

Die AfD wird nicht zulassen, dass Deutschland aus falsch verstandener Toleranz sein kulturelles Gesicht verliert.

Seite 47, Punkt 9.1

Nummer 122

„Politisch korrekte“ Sprachvorgaben lehnen wir entschieden ab, weil sie einer natürlichen Sprachentwicklung entgegenstehen und die Meinungsfreiheit einengen.

Seite 47, Punkt 9.2

10. Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit

Nummer 123

Intakte Familien denken und leben in Generationen zusammenhängen. Die Übergabe von Vermögen – auch und gerade in Unternehmen gebundenes – ist Privatangelegenheit und darf nicht dem Staatszugriff ausgesetzt werden.

Seite 51, Punkt 10.1

11. Sozialpolitik

Nummer 124

Unsere begrenzten Mittel stehen deshalb nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet, zur Verfügung. Sowohl die Euro-Rettungspolitik als auch die Niedrigzinspolitik der EZB erschweren diese notwendige Reformpolitik für Deutschland. Auch deshalb müssen die Weichen für den Euro und Europa völlig neu gestellt werden.

Seite 56, Punkt 11.1

12. Unser Gesundheitssystem ist in Gefahr

Nummer 125

Die Finanzierung unseres Gesundheitswesens wird durch allgemeine politische Fehlentwicklungen bedroht: Die von den Kassen zu tragenden Kosten für Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber laufen aus dem Ruder und durch die verfehlte Zinspolitik der europäischen Zentralbank können die kapitalgedeckten privaten Krankenversicherungen keine ausreichenden Rücklagen mehr bilden.

Seite 60, Punkt 12.1

Nummer 126

Gesundheit ist immer auch eine Frage des Vertrauens. Bei Ärzten, Therapeuten oder Pflegekräften, die sprachliche Defizite aufweisen, kann keine Vertrauensbasis entstehen. Die Beschäftigung von ausländischem Personal, das oftmals sprachliche Defizite aufweist, kann somit keine Lösung zur Behebung des Personalmangels im Gesundheitswesen sein.

Seite 61, Punkt 12.7

Nummer 127

Unter dem Begriff der „alternativen“ Behandlungen werden die unterschiedlichsten Behandlungsmethoden zusammengefasst. Diese können bei Einhaltung von zu definierenden Qualitätsstandards eine sinnvolle Ergänzung zur herkömmlichen Medizin darstellen. In jedem Fall ist eine ganzheitliche Betrachtung und Behandlung des Patienten notwendig, um der Zunahme von chronischen Erkrankungen und von Therapieresistenzen entgegenzuwirken.

Seite 62, Punkt 12.10

13. Schluss mit der Technologiefeindlichkeit: Energie und Klima

Nummer 128

Die Aussagen des Weltklimarats (IPCC), dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert. Sie basieren allein auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können.

Seite 65, Punkt 13.1

Nummer 129

Das Pariser Klimaabkommen vom 12.12.2015 ist zu kündigen. Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen.

Seite 65, Punkt 13.1

Nummer 130

Das Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2050 die CO₂-Emissionen um 80 bis 95 Prozent zu senken. Die Sektoren Mobilität und Wärme sollen durch Umstellung auf Ökostrom ebenfalls emissionsfrei werden. Dies erfordert einen Ausbau der Windenergieanlagen in einem Ausmaß und mit einer Geschwindigkeit, die Wirtschaft und Bürger überfordern.

Die bestehenden Kernkraftwerke wollen wir deshalb nicht vor Ende ihrer Nutzungsdauer außer Betrieb nehmen.

Auch auf die Nutzung moderner Gas- und Kohlekraftwerke wird Deutschland auf absehbare Zeit nicht verzichten können.

Seite 66, Punkt 13.2

14. Verkehrswege erhalten und ausbauen, Wohnungsbau verstärken, ländlichen Raum entwickeln

Nummer 131

Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, z.B. Dieselfahrzeuge, lehnt die AfD ab.

Deshalb wenden wir uns auch gegen ein flächendeckendes Tempolimit und erfolglose Umweltzonen. Umweltzonen haben nachweislich nicht zur Reduzierung der Feinstaubemission beigetragen. Sie sind daher abzuschaffen.

Seite 69, Punkt 14.1

15. Umwelt-, Natur- und Tierschutz, Verbraucherschutz und Landwirtschaft

Nummer 132

Die Windenergie ist ein energiepolitischer Irrweg, ökonomisch absurd und ökologisch kontraproduktiv.

Wir lehnen den weiteren Ausbau der Windenergie ab, denn er bringt mehr Schaden als Nutzen.

Seite 72, Punkt 15.2

AfD - Parteiprogramm zur Bundestagswahl 2021

1. Demokratie und Rechtsstaat

Nummer 2001

In unserem Land hat sich aber eine politische Klasse herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Diese setzt die soziale und kulturelle Zukunft unseres Volkes, die Stärke unserer Wirtschaft und damit unseres Wohlstandes aufs Spiel und stellt Multikulturalität, Diversität, Globalisierung und vermeintliche Gendergerechtigkeit über alles.

Seite 12

Nummer 2002

Der Wortbruch der etablierten Parteien bezüglich des Euros und die immer weitere Zentralisierung der EU bedrohen die Zukunft unseres Landes (sowie der nachfolgenden Generationen). Diese fatale Politik wollen wir beenden.

Seite 13

Nummer 2003

Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien halten wir das deutsche Volk für ebenso mündig wie das der Schweizer. Entgegen anderslautenden Behauptungen entscheiden Bürger in Schicksalsfragen der Nation weitsichtiger, friedfertiger und gemeinwohlorientierter als Berufspolitiker. Das ist die Lehre aus der Wiedervereinigung, aus der Ablehnung des „EU-Verfassungsvertrags“ durch das französische und das niederländische Volk und der Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aus der Europäischen Union auszutreten.

Seite 14

Nummer 2004

Der behördlich organisierte „Verfassungsschutz“ muss schnellstmöglich auf den Prüfstand gestellt und so reformiert werden, dass er in Zukunft nicht mehr als parteipolitisches Instrument gegen politische Gegner missbraucht werden kann.

Seite 15

Nummer 2005

Ferner halten wir die jedem Bundestagsabgeordneten zustehende „Mitarbeiterpauschale“ von 22.436 Euro monatlich für überhöht. Ob dabei in jedem Fall wissenschaftlich qualifiziertes Personal oder Parteisoldaten angestellt werden, darf hinterfragt werden.

Seite 17

Nummer 2006

Die ungebrochene Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen Wählern und Gewählten stetig vergrößert. Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und Lobbyismus sind die Folge. Um unser Ideal des Bürgerabgeordneten zu verwirklichen, fordern wir eine Begrenzung der Mandatszeit für Abgeordnete auf vier und der Amtszeit für den Bundeskanzler auf zwei Legislaturperioden. Nicht die Abgeordnetenvergütung, sondern politischer Idealismus soll Motivation zur Kandidatur für ein Mandat sein.

Seite 18

Nummer 2007

Wir wollen die Regelungen hinsichtlich der Nebentätigkeiten von Parlamentariern deutlich verschärfen, um Bestechung zu verhindern. Unseren eigenen Abgeordneten haben wir bereits jetzt über unsere Satzung entsprechende Regeln auferlegt. Ferner setzen wir uns für ein Lobbyisten-Gesetz mit konkreten Rechten, Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten ein, das vorbildlichen Regelungen anderer Demokratien entspricht.

Seite 19

Nummer 2008

Die grundgesetzlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau hat mit der vom Parteienkartell propagierten Gleichstellung und Gleichmacherei nichts zu tun.

Die AfD lehnt jede Art von Quoten ab. Sie sind leistungs- feindlich, ungerecht und stellen eine verfassungswidrige Diskriminierung derer dar, die nicht in den Genuss der Quote kommen.

Seite 19

Nummer 2009

Die totalitären Tendenzen haben auch in Deutschland ein demokratiegefährdendes Maß angenommen. Die verfassungswidrige Grenzöffnung und die massiven Grundrechtseinschränkungen im Namen der Corona-Krise waren die bisherigen Höhepunkte im täglichen Bruch von Recht und Verfassung durch Regierungspolitiker. Die Mainstream-Medien haben ihre elementare Aufgabe als vierte Gewalt aufgegeben und kritisch-objektive Berichterstattung gegen Regierungslobhudelei getauscht. So bleiben oftmals nur noch alternative Medien und Whistleblower zur Aufdeckung und Offenlegung regierungsamtlichen Unrechts.

Seite 20-21

Nummer 2010

Manche Juristen vertreten die falsche These, Artikel 3 GG erlaube es dem Staat, einzelne Menschen „stellvertretend“ für ihr jeweiliges Geschlecht zu bevorzugen oder zu benachteiligen, um die als Kollektive vorgestellten Geschlechter „gleichzustellen“. Jedoch kann es in einem freiheitlichen Rechtsstaat niemals legitimes Ziel staatlichen Handelns sein, in willkürlich abgegrenzten gesellschaftlichen Teilbereichen eine ebenso willkürlich festgesetzte „Geschlechterquote“ zu erzwingen.

Seite 22

Nummer 2011

Die Alternative für Deutschland tritt für die Bewahrung bzw. Wiederherstellung der bürgerlichen Selbstbestimmung im Zivilrechtsverkehr ein. Deshalb lehnen wir sog. ‚Antidiskriminierungsgesetze‘ ab.

Seite 22

Nummer 2012

In einer freiheitlichen Grundordnung ist der Staat in seinem Handeln gegenüber dem Bürger der Pflicht zur Gleichbehandlung unterworfen, der Bürger selbst jedoch ist in der Gestaltung seiner privaten Rechtsverhältnisse frei.

Seite 23

2. EU und Europa

Nummer 2013

Wir bekennen uns zu einem Europa der Vaterländer als einer Gemeinschaft souveräner Staaten, die auf all jenen Gebieten zusammenarbeiten, die gemeinsam besser gestaltet werden können. Dazu gehört insbesondere ein freier Handel mit fairem Wettbewerb.

Seite 26

Nummer 2014

Der Versuch jedoch, aus derzeit 27 oder noch mehr Staaten mit jeweils eigenen Sprachen, Kulturen und historischen Erfahrungen einen wie auch immer ausgestalteten Gesamtstaat zu bilden, muss scheitern. Ein solches Gebilde verfügt weder über ein Staatsvolk, noch über das erforderliche Mindestmaß an kultureller Identität, welche notwendige Voraussetzungen für gelingende Staaten sind.

Seite 26

Nummer 2015

Eine Union europäischer Staaten wird nur dann eine Zukunft haben, wenn es gelingt, dem sich immer schneller drehenden Rad der Entdemokratisierung und Zentralisierung in die Speichen zu greifen, bevor die heutige EU durch die Pervertierung ihrer Gründungsidee an sich selbst zugrunde geht.

Seite 27

Nummer 2016

Mit der Einführung des sogenannten „Corona-Wiederaufbaupaktes“ wurde die Transferunion in eine neue Dimension gehoben. Diese Transferunion steht nicht nur im Widerspruch zu den europäischen Verträgen und den Versprechen der deutschen Politiker, sondern wird den Abstieg aller europäischen Volkswirtschaften und Konflikte zwischen den Staaten zur Folge haben.

Seite 27

Nummer 2017

Ein vergleichbares Versagen zeigt die EU in der jahrelang anhaltenden Migrationskrise. Auch das Krisenmanagement in der Corona-Krise war verheerend. Die Fehlentwicklungen in der Klima- und Energiepolitik treibt die EU durch unvorstellbar kostspielige Gesetzes- und Subventionspakete voran. Das langfristige Unheil dieser Verschuldungs- und Umverteilungs-Eskapaden wird vor allem den deutschen Steuerzahler treffen.

Seite 27

Nummer 2018

Die Vehemenz, mit welcher die Europäische Union die Transformation zum planwirtschaftlichen Superstaat in den letzten Jahren vorangetrieben hat, hat uns zu der Erkenntnis gebracht, dass sich unsere grundlegenden Reformansätze in dieser EU nicht verwirklichen lassen. Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig.

Seite 28

3. Steuern und Finanzen

Nummer 2019

Die im Zusammenhang mit dem "Recovery Fonds" von der EU-Kommission geforderte Einführung mehrerer Steuern in der Rechtssetzungs- und Ertragshoheit der EU muss daher verhindert werden.

Seite 32

Nummer 2020

Auf Landesebene sollten die Biersteuer und auf der Kommunalebene die Vergnügungssteuer, die Schankerlaubnissteuer, die Jagd- und Fischereisteuer und die Zweitwohnungssteuer entfallen.

Seite 32

Nummer 2021

Ähnlich verhält es sich mit den sogenannten Substanzsteuern. Dazu zählen die schon erwähnte Grundsteuer, die an Haus- und Grundbesitz anknüpft, die Vermögenssteuer sowie die Erbschafts- und Schenkungssteuer. Bei derzeit rund 800 Mrd. jährlichem Steueraufkommen des Gesamtstaates liegt deren Anteil insgesamt bei einem niedrigen einstelligen Prozentbetrag. Zudem ist die Vermögenssteuer bereits 1995 für verfassungswidrig erklärt worden.

Seite 33

Nummer 2022

Generationsübergreifender Werterhalt zum Nutzen von uns allen wird seit Jahrzehnten durch sozialistische Gleichheitsvorstellungen und klassenkämpferische Neidgefühle verhindert. Dem stellt sich die AfD entgegen. Erbgänge sind zunächst Angelegenheiten zwischen Erblassern und Erben. Es gibt keinen akzeptablen Grund, aus Trauerfällen Steuerfälle zu machen.

Die AfD fordert daher die Abschaffung der Erbschaftssteuer.

Seite 34

4. Wirtschaft: Für einen „Blue Deal“

Nummer 2023

In den letzten Jahren haben sich die Bedingungen zur Mehrung des Wohlstandes verschlechtert. Die weltweite Konjunktur hat an Fahrt verloren. Politisch initiierte Umbrüche wie die „Klimarettung“ fordern enorme Investitionen und Umstrukturierungen und treffen manche Branchen brachial. So wird der Kern der deutschen Wirtschaft geschwächt.

Seite 40

Nummer 2024

Billionenschwere Rettungspakete können nicht eine Erholung der Realwirtschaft ersetzen oder über Nacht herbeiführen; stattdessen wird damit nur eine Umverteilung im Sinne der „Großen Transformation“ und zum Nachteil unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt vorangetrieben.

Seite 41

Nummer 2025

Der deutsche Erfindergeist ist legendär. Heute sind Erfinder aber mobil und wandern oft aus, da sie hier mit Auflagen gegängelt werden und nicht die Entwicklungsunterstützung und Geldgeber finden, die den Aufbau eines Unternehmens fördern.

Seite 41

Nummer 2026

Als AfD bekennen wir uns zur Mitwirkung und Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben und zu allgemeinverbindlichen Tarifverträgen. Forderungen nach Enteignungen, Abschaffung von Privateigentum und Vertragsfreiheit, hetzerische Klassenkampfrhetorik oder vorsätzlich herbeigeführte Konflikte durch Vertreter linker Parteien lehnen wir dagegen entschieden ab. Sie gefährden den sozialen Frieden und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Seite 43

Nummer 2027

Wir lehnen es ab, dass sich die Bundesregierung zunehmend als Unternehmer versteht und betätigt. Sie nimmt direkten Einfluss auf Unternehmen und Innovationen und versucht die Wirtschaft durch Vorgaben und Subventionen zu steuern. Diese Art von Staatswirtschaft führt regelmäßig in den wirtschaftlichen Niedergang.

Seite 44

5. Der Euro ist gescheitert

Nummer 2028

Die seit 30 Jahren laufende, schleichende Umwandlung des Staatenbunds Europa in einen EU-Zentralstaat ist von den europäischen Völkern nie gewollt oder demokratisch legitimiert worden. Der Euro besitzt nicht die institutionelle Grundlage, die unabdingbare verfassungsrechtliche Voraussetzung für seine Legitimität wäre. Die EU geriert sich heute als Bundesstaat – und nicht mehr als Staatenbund souveräner Nationalstaaten.

Seite 48

Nummer 2029

Deshalb muss Deutschland diese „Transferunion“ aufkündigen und den Irrweg der Dauerrettung durch Wiedereinführung einer nationalen Währung beenden, ggf. unter paralleler Beibehaltung des Euro oder einer ECU-ähnlichen flexibleren Verrechnungseinheit. Jede weitere Teilnahme an der „Rettungspolitik“ kommt einer Insolvenzverschleppung auf Kosten künftiger deutscher Steuerzahler gleich.

Seite 49

Nummer 2030

Die EU maßt sich heute an, entgegen dem Wortlaut der EU-Verträge eigene Schulden aufzunehmen. Dabei werden die Mittel durch Neuverschuldung beschafft und anschließend von EU-Bürokraten über unzählige, zumeist ideologisch motivierte Projekte nach Gutsherrenart ausgegeben.

Seite 49

Nummer 2031

Die AfD fordert eine sofortige Einstellung jeglicher Kreditaufnahme der EU, die zu Lasten künftiger deutscher Generationen gehen würde.

Seite 50

Nummer 2032

Durch die überzogene Politik der Bundesregierung, der EU und der EZB in der Corona-Krise drohen gleichzeitig eine wirtschaftliche Depression und eine massive Teuerung, da große Teile der „Corona-Förderprogramme“ unproduktiv sind und als reine Geldmengenausweitung in den Konsum fließen, der auf der Angebotsseite nicht befriedigt werden kann.

Seite 50

Nummer 2033

Die wiedereingeführte Deutsche Mark würde ihre hohe Kaufkraft gegenüber den anderen Ländern analog zur hohen Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wiedergewinnen.

Seite 53

Nummer 2034

Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit Unterstützung von Bundesregierung, IWF und EZB wird die Abschaffung des Bargelds vorbereitet. Mit dessen Abschaffung würde die Rolle des Geldes als gebührenfreiem Wertspeicher eingeschränkt. Eine Abschaffung des Bargeldes macht im Krisenfall die Enteignung von Kontoinhabern möglich. Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen enteignende Negativzinsen. Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet dem Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme und Wirtschaftsaktivitäten, über alle Finanztransaktionen, unter Umständen sogar über Aufenthaltsorte aller Bürger.

Seite 54

Nummer 2035

Solange der Euro zu Lasten Deutschlands weiterbesteht, kann und sollte auch Deutschland einen großen Teil seines Refinanzierungsbedarfs über die EZB und die EU abwickeln. Notprogramm-Mittel sind strikt für Hilfen und Investitionen in Deutschland einzusetzen und wo immer möglich über EU oder EZB zu finanzieren.

Seite 56

6. Außen- und Verteidigungspolitik

Nummer 2036

Auch die Vereinten Nationen sind so zu reformieren, dass den veränderten Gewichtungen in der Welt Rechnung getragen wird. Wir streben einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat sowie die Abschaffung der gegen Deutschland gerichteten Feindstaatenklausel in der Charta der Vereinten Nationen an und wollen den UN-Migrationspakt (Global Compact for Migration) aufkündigen.

Seite 61

Nummer 2037

Der islamistische Terrorismus stellt weiterhin eine ernste Bedrohung der internationalen Staatengemeinschaft dar. Er muss mit allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln bekämpft werden.

Seite 61

Nummer 2038

Die AfD tritt für die Aufhebung der EU-Sanktionen und den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland ein. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Gasleitung Nord Stream 2 halten wir für unverzichtbar.

Seite 63

Nummer 2039

Die zunehmende Einflussnahme Chinas in der Welt ist eine Herausforderung. Eine Kooperation mit China darf nur unter Bedingungen der Gleichberechtigung und Fairness erfolgen. Das setzt insbesondere eine Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen voraus. Ein weiterer Ausverkauf deutscher bzw. europäischer Technologie muss verhindert werden.

Seite 63

Nummer 2040

Die Beziehungen zur Türkei sind schwierig und müssen neu gestaltet werden. Die Türkei gehört kulturell nicht zu Europa. Ihre zunehmende Islamisierung gibt Anlass zur Sorge und zeigt, dass die Türkei sich noch weiter von Europa und der westlichen Wertegemeinschaft entfernt hat. Die AfD lehnt den Beitritt der Türkei zur EU daher ab und fordert das sofortige Ende aller Beitrittsverhandlungen.

Seite 64

Nummer 2041

Der Westbalkan als wichtiger Teil Europas wird zunehmend zum Interessengebiet fremder Mächte. Um ihn zu stabilisieren, tritt die AfD für eine privilegierte Partnerschaft mit den Ländern der Region ein. Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit ihnen muss auch in Bezug auf das Migrationsgeschehen vertieft werden.

Seite 64

Nummer 2042

Die Bundeswehr soll wieder einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte pflegen. Die Tugenden des Soldaten sind Ehre, Treue, Kameradschaft und Tapferkeit. Die Bundeswehr muss die besten Traditionen der deutschen Militärgeschichte leben. Sie helfen, soldatische Haltung und Tugenden – auch in der Öffentlichkeit – zu manifestieren. Militärisches Liedgut und Brauchtum sind Teil davon.

Seite 65

Nummer 2043

Die AfD tritt daher für die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht ein. Die Wehrpflicht soll um ein Gemeinschaftsdienstjahr ergänzt werden. Dieses soll Anwendung finden für Frauen sowie für Männer, die sich nicht für den Wehrdienst entscheiden. Der Gemeinschaftsdienst soll in den Bereichen Pflege, Feuerwehr oder Technisches Hilfswerk geleistet werden.

Seite 66

Nummer 2044

Um Loyalitätskonflikte zu vermeiden, soll der Dienst in den Streitkräften ausschließlich Deutschen vorbehalten sein, die über keine andere Staatsangehörigkeit verfügen.

Seite 66

Nummer 2045

Außerdem ist die Gewährung von Entwicklungshilfe an die Bereitschaft zur Rücknahme ausreisepflichtiger Migranten zu knüpfen.

Seite 67

Nummer 2046

Deutsche Außenhandelspolitik muss dabei einen diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen gewährleisten. Das schließt den Zugang zu Rohstoffen und die Freiheit der Handelswege mit ein.

Ihre Kernaufgabe ist es daher, verlässliche Handelsregeln zu erhalten und gemäß den Interessen unseres Landes weiterzuentwickeln. Ideologisch motivierte Alleingänge, wie das Lieferkettengesetz, lehnen wir ab.

Seite 68

Nummer 2047

Die AfD will deutsche Kultur und Sprache im Ausland in deutlich stärkerem Maße als bisher fördern. Die deutschen Auslandssender, die Goethe-Institute und verschiedenen Kulturprojekte sollen ein positives Bild Deutschlands in der Welt vermitteln. Dabei können sowohl aktuelle Entwicklungen in den Wissenschaften und Künsten als auch unser reiches kulturelles Erbe für unser Land werben.

Seite 69

Nummer2048

Der Schutz und Ausbau der Sprachkenntnisse in Gebieten mit deutschen Minderheiten erfordern besondere Beachtung und Förderung. Die AfD bekennt sich ausdrücklich zur Fürsorgepflicht Deutschlands gegenüber deutschen Minderheiten und wird deren Interessen im Rahmen ihrer Politik nachdrücklich unterstützen.

Seite 69

Nummer 2049

In den europäischen Institutionen muss die deutsche Sprache gemäß ihrer rechtlichen Stellung und ihrer Verbreitung auch tatsächlich den Verfahrenssprachen Englisch und Französisch gleichgestellt werden. Durch den Austritt Großbritanniens aus der EU hat diese Forderung noch mehr Nachdruck erhalten.

7. Innere Sicherheit

Nummer 2050

Die Gewaltexzesse der linksextremen „Antifa“ und migrantischer Jugendbanden in den Straßen unserer Städte machen deutlich, wie sehr die innere Sicherheit Schaden genommen hat. Zunehmende Straßengewalt, Terror und Kriminalität sind jedoch keine Naturereignisse, die man kritiklos hinnehmen muss. Sie sind menschengemacht und haben Ursachen, die man bekämpfen kann. Genau das wollen wir tun.

Seite 74

Nummer 2051

Der Linksextremismus überschreitet zunehmend die Schwelle zum Linksterrorismus. Wir fordern daher verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen den Linksextremismus.

Seite 74

Nummer 2052

Deshalb fordern wir die Wiedereinführung einer verbindlichen Extremismusklausel. Darüber hinaus fordern wir das Verbot der linksextremistischen Plattform „Indymedia“.

Seite 75

Nummer 2053

Gewalttätige und -unterstützende linksextremistische und autonome Gruppen, die der sogenannten Antifa zuzuordnen sind, sind als terroristische Vereinigung einzustufen. Die von der Bundesregierung beabsichtigte Privilegierung von „Antifa-Recherchen“ muss verhindert oder ggf. umgehend abgeschafft werden.

Seite 74

Nummer 2054

Der erhebliche Anteil von Ausländern insbesondere bei der Gewalt- und Drogenkriminalität, aber auch bei öffentlichen Unruhen, führt derzeit viel zu selten zu ausländerrechtlichen Maßnahmen. Ausländische Kriminelle können sich sehr häufig auf Abschiebungshindernisse berufen und sind auf diese Weise von Abschiebung verschont.

Wir fordern daher (a) die Erleichterung der Ausweisung, insbesondere die Wiedereinführung der zwingenden Ausweisung auch schon bei geringfügiger Kriminalität, (b) die Ausweisung bereits durch die Strafgerichte, (c) die Ermöglichung der Unterbringung nicht abgeschobener Krimineller im Ausland, (d) die Schaffung der Möglichkeit, Gefährder, insbesondere Terroristen, so lange in Haft zu nehmen, wie sie im Inland sind und von ihnen eine erhebliche Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht.

Seite 75

Nummer 2055

Die Einbürgerung Krimineller ist zuverlässig zu verhindern durch die Ablehnung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland, weil hierdurch u. a. Angehörige krimineller Clans automatisch zu deutschen Staatsbürgern werden können, die Abschaffung des einklagbaren Anspruchs auf Einbürgerung und die Verschärfung der Ausschlussgründe für Einbürgerung bei Kriminalität.

Seite 75

Nummer 2056

Eine besondere Rolle hierbei spielen gerade junge Täter, denen derzeit ein geradezu zahnloses Recht gegenübersteht. Erzieherische Erfolge in diesem Segment lassen sich erfahrungsgemäß nur durch sofortige Inhaftierung der Täter schwerer Delikte erreichen. Wir fordern daher eine entsprechende Änderung der einschlägigen Gesetze, insbesondere des Haftrechts. Wegen der immer früher einsetzenden kriminellen Entwicklung muss das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre abgesenkt und mit dem Erreichen der Volljährigkeit auch das Erwachsenenstrafrecht Anwendung finden.

Seite 76

Nummer 2057

Wir wollen daher den Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei zur Bekämpfung illegaler Migration und grenzüberschreitender Kriminalität auf 50 km an den Landesgrenzen und im Seebereich auf 80 km ausweiten. Zudem fordern wir für die Bundespolizei den Einsatz modernster Fahndungstechnik wie den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware. Fahndungserfolge bei Grenzkontrollen anlässlich internationaler Gipfeltreffen belegen das Erfordernis eines effizienten Grenzschutzes.

Seite 77

Nummer 2058

Zur Verbesserung der Fahndungsmöglichkeiten sollen die Polizeibehörden an kriminalitätsneuralgischen Plätzen und Gebäuden eine Videoüberwachung mit Gesichtserkennungssoftware einsetzen können. Bei der Fahndung nach unbekanntem Tätern soll es erlaubt werden, vorhandenes DNS-Spurenmaterial auch auf biogeografische Merkmale der gesuchten Person untersuchen zu lassen, um zielgerichtete Fahndungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Seite 78

Nummer 2059

Die Mehrzahl der Täter im Bereich der Organisierten Kriminalität sind Ausländer. Ihre Ausweisung muss vereinfacht werden. Deshalb ist für diesen Personenkreis die OK-Zugehörigkeit als Ausweisungsgrund einzuführen.

Seite 78-79

Nummer 2060

Die Umsetzung der EU- Feuerwaffenrichtlinie lehnen wir weiterhin ab.

Statt Legalwaffenbesitzer zu kriminalisieren, ist dem illegalen Waffenbesitz und -handel ein Riegel vorzuschieben.

Seite 79

8. Islam

Nummer 2061

Soweit der Islam einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, die Rechtsgrundsätze der Scharia auch in Deutschland durchsetzen will und unsere Rechtsordnung nicht voll anerkennt oder sogar bekämpft, ist er mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands nicht vereinbar und gefährdet den inneren Frieden.

Seite 82

Nummer 2062

Eine Kritik des Islams ist wie jede andere Religionskritik legitimiert durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Es ist inakzeptabel, die Kritik am Islam durch den Vorwurf der „Islamophobie“ oder des „Rassismus“ zu unterdrücken.

Seite 82

Nummer 2063

In Deutschland predigende Imame sollen sich zu unserer Verfassung bekennen und möglichst in deutscher Sprache predigen. Sie müssen bei der Zulassung ein Zertifikat B2 für die deutsche Sprache des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen vorweisen können.

Seite 83

Nummer 2064

Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen. Im konfessionsgebundenen Religionsunterricht an staatlichen Schulen soll kein Islamunterricht stattfinden, vielmehr eine sachliche Islamkunde im Ethikunterricht.

Seite 84

Nummer 2065

Minarett und Muezzinruf sind mit einem toleranten Nebeneinander der Religionen, wie es die christlichen Kirchen praktizieren, nicht vereinbar.

Seite 85

Nummer 2066

Das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit wollen wir auch in Deutschland untersagen, ähnlich wie in Frankreich, Österreich, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz.

Seite 84

Nummer 2067

Um Polygamie und Zwangsheiraten von Muslimen zu unterbinden, fordert die AfD, das Verbot der religiösen Trauung ohne vorherige standesamtliche Eheschließung wieder in Kraft zu setzen. Den Jobcentern sind die Personenstandsregister der Standesämter zugänglich zu machen, um missbräuchliche Inanspruchnahme von Hartz IV durch Zweit- oder Drittfrauen zu verhindern.

Seite 85

9. Migration, Asyl und Integration

Nummer 2068

Die Fluchtbewegungen des 21. Jahrhunderts können nicht mittels Aufnahme der Migranten in Europa und Deutschland bewältigt werden.

Seite 88

Nummer 2069

Die Hilfe für Menschen in Not muss jedoch von der Aufnahme in Deutschland entkoppelt und in den Krisenregionen selbst geleistet werden, wo dies weit effektiver ist und viel mehr wirklich Hilfsbedürftige erreicht.

Seite 88-89

Nummer 2070

Humanitäre Aufnahme nur für vom Bundestag ausgewählte, besonders schutzbedürftige Personen, für deren Auswahl ein mit der deutschen Werte- und Gesellschaftsordnung vereinbarer kultureller und religiöser Hintergrund ein wichtiges Kriterium ist.

Seite 89-90

Nummer 2071

Um die „Grüne Grenze“ mit derselben Effektivität überwachen zu können, wird ein umfassendes und modernes Grenzsicherungskonzept erarbeitet. Hier- zu können auch physische Barrieren wie z. B. Grenzzäune zur Sicherung der Staatsgrenzen gehören.

Seite 90

Nummer 2072

Keine Aufnahme von Migranten im Rahmen einer „europäischen Lösung“, die durch Missbrauch der Seenotrettung nach Europa gelangen. Vielmehr muss gemäß dem internationalen Seerecht grundsätzlich eine Ausschiffung der Betroffenen am nächstgelegenen geeigneten Seehafen erfolgen. Die heute praktizierte Form der Seenotrettung wirkt häufig als tödlich endender Pull-Faktor.

Seite 91

Nummer 2073

Beendigung des Wildwuchses bei der Asylverfahrensberatung und –betreuung. Die „Beratung und Betreuung“ erfolgt meist durch nichtstaatliche, freie Träger, die ein finanzielles Interesse an steigenden Flüchtlingszahlen und am Verbleib möglichst vieler Abgelehnter haben. Diese Organisationen zählen zur „Asyl-Industrie“, die sich am Asylsystem bereichert. Aus Verfahrens- und Rückkehrberatung wird nahezu immer eine Verweigerungs- und Bleibeberatung. Verfahrensberatung darf nur noch nach § 12 a Asylgesetz und nur durch staatliche Stellen erfolgen.

Seite 92

Nummer 2074

Im internationalen Vergleich sind die Leistungen Deutschlands für Asylbewerber sehr hoch. Anerkannte erwartet eine lebenslängliche materielle Absicherung. Die Mittel dafür werden aufgebracht von Steuerzahlern, die schwer dafür arbeiten müssen, aber keine Wirtschaftsflüchtlinge eingeladen haben.

Seite 94

Nummer 2075

Eines der Hauptmotive für die gegenwärtige Massenmigration nach Deutschland und Europa ist die Möglichkeit von Migranten, in Deutschland bezogene Transferleistungen und auch legal oder illegal verdientes Geld zurück in ihre Heimatländer zu überweisen. Um diesen Migrationsanreiz zu beseitigen, befürworten wir die Einführung einer Steuer auf Rücküberweisungen, die den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) verlassen.

Seite 95

Nummer 2076

Die zuwanderungspolitische Souveränität Deutschlands ist schon heute nicht mehr gegeben. Hauptgrund hierfür ist eine weitreichende Abgabe von Hoheitsrechten an die EU und der Beitritt zu internationalen Vereinbarungen, die allesamt eine linksextreme „One-world-Utopie“ verfolgen.

Seite 95

Nummer 2077

Die Behauptung einiger Wirtschaftsverbände und Lobbyisten, in Deutschland herrsche Fachkräftemangel und damit ein Bedarf an qualifizierter Einwanderung, dient nur vordergründig dem Gemeinwohl und darf deshalb nicht maßgeblich sein. Der schädliche Einfluss wirtschaftlicher Partikularinteressen oder gar damit kaschierter antideutscher Ressentiments muss beendet werden.

Seite 97

Nummer 2078

Das Geburtsortprinzip (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wollen wir wieder aus dem Gesetz streichen und zum Abstammungsprinzip zurückkehren, wie es bis zum Jahr 2000 galt. Die Anforderungen - besonders auch in zeitlicher Hinsicht - für eine Ermessenseinbürgerung müssen erheblich steigen und einen Anspruch auf Einbürgerung darf es nicht mehr geben. Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit soll als Erfolg eigener Anstrengung erlebt werden und die Betroffenen mit Stolz erfüllen können.

Seite 99

10. Familienpolitik

Nummer 2079

Die AfD bekennt sich zur Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie besteht aus Vater, Mutter und Kindern. Familie bedeutet Sicherheit, Obhut, Heimat, Liebe und Glück. Dieses Werte- und Bezugssystem wird von Generation zu Generation weitergegeben.

Von linksgrüner Seite jedoch wird die Institution Familie aus ideologischer Motivation heraus diskreditiert, um sie durch andere Leitbilder zu ersetzen.

Seite 102

Nummer 2080

Immer mehr Paare haben daher den ideellen Wert einer Familie als Sozialisationsraum und emotionale intergenerative Lebensgemeinschaft aus den Augen verloren. Der Gedanke einer vorrangigen „Selbstverwirklichung“ hat dazu geführt, zugunsten von Einkommen und Karriere Kinderwünsche zurück- zustellen oder gänzlich aus der eigenen Lebensplanung zu verdrängen.

Seite 103

Nummer 2081

Ergänzend sollen Eltern zur Herstellung der Lastengerechtigkeit bei der Geburt jedes Kindes eine Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 € erhalten bzw. von zukünftigen Beiträgen in entsprechender Höhe freigestellt werden, ohne dass die spätere Leistung gekürzt wird.

Seite 104

Nummer 2082

Statt Gleichstellungsbeauftragten wollen wir Familienbeauftragte, die familienfreundliche Entscheidungen sicherstellen und somit die aktivierende Familienpolitik unterstützen. Staatliche Leistungen und Verwaltungsabläufe sind systematisch auf Familienfreundlichkeit zu prüfen und anzupassen. Über soziales Marketing soll für Familiengründungen und das Leitbild der 3-Kind-Familie geworben sowie über die damit verbundenen Angebote informiert werden.

Seite 107

Nummer 2083

Einige Familien bedürfen der staatlichen Unterstützung durch Beratung und Hilfe bei der Erziehung. Allerdings darf dies nur in äußersten Ausnahmefällen zu einem Kindesentzug durch das Jugendamt führen. Leider hat sich in den letzten Jahren um die Inobhutnahme von Kindern eine regelrechte Industrie entwickelt, die eines ständigen Nachschubs an Kindern bedarf.

Seite 107

Nummer 2084

Die verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung ist in vielen Fällen zu einem formalen Verwaltungsakt verkümmert und befördert eine Bagatellisierung von Abtreibungen. Sie muss stattdessen dem Schutz des Lebens dienen.

Seite 109

Nummer 2085

Eine Abtreibung ist meldepflichtig, Verstöße dagegen sind zukünftig zu ahnden. Die Abtreibungsstatistik soll dadurch die wirkliche Zahl der Abtreibungen wiedergeben. Die Entscheidung über eine Abtreibung muss natürlich bei der Mutter bzw. bei den Eltern liegen, dennoch lehnen wir alle Bestrebungen ab, die Tötung Ungeborener zu einem Menschenrecht zu erklären.

Seite 109

Nummer 2086

Kinder sollten frei von Indoktrination aufwachsen, bis sie in der Familie gefestigt und alt genug sind, sich den Problemen unserer Welt zu stellen. Ideologen verschiedener Richtungen versuchen aber, Kinder möglichst früh zu beeinflussen. Das wurde bereits im Dritten Reich und in der DDR in großem Stil praktiziert. Politische Ideologien, wie z. B. Genderwahn und Klimahysterie, werden den Kindern heute schon im Vorschulalter nähergebracht. Die AfD fordert, Kitas und Schulen von Angst und Hysterie freizuhalten und eine positive Lebenseinstellung zu vermitteln.

Seite 111

Nummer 2087

Die menschliche Spezies besteht aus zwei Geschlechtern, dem männlichen und dem weiblichen. Diese Zweigeschlechtlichkeit wird nicht dadurch aufgehoben, dass bei wenigen einzelnen Personen eine Zuordnung zum männlichen oder weiblichen Geschlecht schwer oder gar nicht möglich ist. Es versteht sich von selbst, dass diese Menschen vollwertiger Teil unserer Gesellschaft sind und mit der ihnen gebührenden Achtung behandelt werden müssen. Wir halten es aber für unangemessen, das biologische Regel-Ausnahme-Verhältnis umzukehren und für eine sehr geringe Zahl von Menschen neue Kategorien der geschlechtlichen Klassifizierung (z. B. durch Änderung der Toilettenordnung) einzuführen.

Seite 112

11. Arbeits- und Sozialpolitik

Nummer 2088

Ein stabiles, leistungsgerechtes Sozialsystem gehört in die nationale Verantwortung. Eine dauerhafte Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip auf EU-Ebene im Bereich der Sozialpolitik zugunsten von Mehrheitsentscheidungen wäre faktisch eine weitere Abgabe von Hoheitsrechten an die Europäische Union. Die AfD lehnt aus diesem Grund die von der EU vorangetriebene Aufweichung des Einstimmigkeitsprinzips im Bereich der Sozialpolitik ab.

Seite 116

Nummer 2089

Sozialleistungen wie Hartz IV oder Sozialhilfe werden je nach Wunsch des Berechtigten auch auf ausländische Konten überwiesen. Überzahlungen oder Fehlzahlungen können nur unter erschwerten Bedingungen zurück- geholt werden, wodurch dem deutschen Sozialsystem ein erheblicher finanzieller Schaden entsteht. Dieser belastet jeden Steuerzahler und die Solidargemeinschaft zusätzlich. Deshalb fordert die AfD, Sozialleistungen nur noch auf inländische Konten zur Auszahlung zu bringen.

Seite 117

12. Das Rentenkonzept der AfD

Nummer 2090

Als Partei der Leistungsgerechtigkeit ist es der AfD ein besonderes Anliegen, unseren Eltern und Großeltern im Rentenalter einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen. Sie haben unser Land mit ihrer Arbeit zu einer der führenden Industrienationen der Welt aufgebaut. Die drohende Altersarmut für Millionen Leistungsträger ist für uns schon aus diesem Grund unerträglich. Der entwürdigenden und ungerechten Rentenpolitik der Altparteien erteilen wir daher eine deutliche Absage. Zugleich müssen wir das Rentensystem für die Jungen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung bezahlbar halten.

Seite 124

Nummer 2091

Vielmehr sind die Steuerzuschüsse zur Rente durch konsequente Streichungen von ideologischen Politikmaßnahmen, beispielsweise in der Migrations-, Klima- und EU-Politik, gegenzufinanzieren. Gute Renten sind künftig nur dann finanzierbar, wenn wir die richtigen haushaltspolitischen Prioritäten setzen. Statt linksgrüner „Weltrettungsprojekte“ braucht es marktwirtschaftliche Freiheit und öffentliche Investitionen in Bildung und Wissenschaft, um über eine prosperierende Wirtschaft auch hohe soziale Standards finanzieren zu können.

Seite 124-125

Nummer 2092

Die AfD hat sich zum Ziel gesetzt, die ausgesetzte Wehrpflicht wiedereinzuführen. In der gesetzlichen Rentenversicherung wird die Zeit des Wehrdienstes folglich so in Ansatz gebracht, als habe der Wehrdienstleistende Beiträge und Verdienste im Umfang eines durchschnittlichen Einkommens erzielt. Je Monat der Dienstzeit werden somit 1/12 Entgeltpunkte dem Rentenversicherungskonto gutgeschrieben. Diese Regelung kommt auch den Wehrrersatzdienstleistenden (Zivildienstleistenden), die den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen ablehnen, zugute.

Seite 129

13. Gesundheitspolitik

Nummer 2093

Die Verunsicherung der Bürger mit willkürlichen Grenzwerten, nicht nachvollziehbaren Maßnahmen und Einschränkungen von Grundrechten durch Verwaltungsermächtigungen unter Umgehung der Parlamente sind für uns inakzeptabel. Der Schwerpunkt freiwilliger Hygienemaßnahmen und Schutzbestimmungen muss auf gefährdeten Bevölkerungsgruppen liegen.

Seite 132

Nummer 2094

Das Tragen von Masken in Kindertagesstätten, Horten und Schulen lehnen wir ab. Die unverhältnismäßigen Lockdown-Maßnahmen sind unverzüglich zu beenden. Die Pflicht zum Tragen einer Maske lehnen wir ab.

Seite 132

Nummer 2095

Eine verpflichtende Impfung (direkt und indirekt), Immunitätsausweise, sowie Tracking Apps oder sonstige Überwachungsmaßnahmen lehnen wir ab. Wir wollen dafür sorgen, dass der öffentliche und wissenschaftliche Diskurs sowie die Achtung des Meinungspluralismus gewahrt bleiben.

Seite 132-133

Nummer 2096

Wir setzen uns dafür ein, dass im Rahmen eines Corona-Untersuchungsausschusses die gesamte Corona-Politik der Bundesregierung, die Ausrufung der Epidemie von nationaler Tragweite, der nicht im Grundgesetz verankerte Corona-Gipfel, der Einsatz und die Aussagekraft des PCR-Tests, die beliebig festgesetzten Grenzwerte, die Informationspolitik, fehlender wissenschaftlicher Diskurs, die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen, die Einschränkung der Grundrechte, verpflichtende Tests und Quarantäne sowie die körperlichen, psychischen und psychosozialen Schäden durch die Maßnahmen, die Maskenpflicht ohne Gesundheitsprüfung und die per Notfallzulassung eingesetzten Impfstoffe genauestens untersucht werden. Ein besonderes Augenmerk ist auf die persönliche Bereicherung von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern im Kontext der Corona-Politik zu legen.

Seite 133-134

Nummer 2097

Da eigene Kinder für das Funktionieren des Sozialstaates unabdingbar sind, muss berücksichtigt werden, dass kinderlosen Versicherten aufgrund des Wegfalls der Kindererziehung mit all den damit verbundenen Kosten im höheren Maße die Bildung eigener Rücklagen für den Pflegefall zumutbar ist.

Seite 139

Nummer 2098

Ausbildungs- und Prüfungsstandards brauchen eine einheitliche, verbindliche Definition. Im Rahmen der freien Berufswahl muss es auch Ärzten ermöglicht werden, den Beruf des Heilpraktikers neben der ärztlichen Tätigkeit auszuüben.

Seite 141

Nummer 2099

Die notwendigen Strukturanpassungen sollen zu einer Verschlinkung der WHO und damit zu einer Absenkung der aus Steuermitteln finanzierten Beiträge und Spenden führen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die WHO die begrifflichen Voraussetzungen für das Vorliegen einer Pandemie wieder um den bis 2009 gültigen Zusatz „eine enorme Anzahl von Todes- und Krankheitsfällen“ erweitert. Sollte eine grundlegende Reform nach diesen Maßstäben nicht durchsetzbar sein, sprechen wir uns für einen Austritt Deutschlands aus der Weltgesundheitsorganisation aus.

Seite 143

14. Bildung, Wissenschaft und Forschung

Nummer 2100

Die Bildungsstandards aller Schulformen und Bildungseinrichtungen müssen wieder auf das Niveau einer führenden Wissenschafts- und Industrienation gehoben werden. Wir fordern die Abkehr von ausschließlicher Kompetenzorientierung und eine stärkere fachwissenschaftliche Ausrichtung des Unterrichts.

Seite 146

Nummer 2101

Bildungsgerechtigkeit erfordert Differenzierung, nicht Gleichmacherei. Effizientes Lehren und Lernen ist nur möglich, wenn die Leistungsunterschiede zwischen den Schülern innerhalb einer Schulform begrenzt bleiben. Wir befürworten daher ein differenziertes, aber durchlässiges Schulsystem, das den unterschiedlichen Begabungen der Schüler gerecht wird. Das Abitur muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden, der Haupt- oder Realschulabschluss zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen

Seite 146

Nummer 2102

Kinder mit besonderem Förderbedarf erhalten in der Förderschule eine umfassende Unterstützung, die die Regelschule nicht leisten kann. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein. Die Förderschule muss wieder zum Regelfall für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden.

Seite 148

Nummer 2103

Die AfD drängt darauf, bei einer zukünftig rational gesteuerten Einwanderungspolitik den Bildungsstand als ein wesentliches Entscheidungskriterium zu berücksichtigen.

Seite 148

Nummer 2104

Für schulpflichtige Asylbewerber muss es Ziel der Beschulung sein, diese auch für die Möglichkeit ihrer Rückkehr in ihr Heimatland vorzubereiten. Der Lernfortschritt einheimischer Schüler darf nicht beeinträchtigt werden. Solange die Migranten nicht hinreichend Deutsch sprechen, um am Regelunterricht teilzunehmen, ist ein Unterricht in ihrer Muttersprache eine Option.

Seite 149

Nummer 2105

Die deutschen Kulturgüter, Traditionen sowie die Geschichte sind immanenter Bestandteil der deutschen Identität. Die AfD wird allen Bestrebungen, dieses aus den Lehrplänen zu entfernen, zu verfälschen oder zu reduzieren, entgegenwirken. Bereits ab der Grundschule müssen diese Inhalte zum Pflichtstoff des Unterrichts gehören. Das fördert Heimatliebe und Traditionsbewusstsein.

Seite 149 – 150

Nummer 2106

Islamunterricht an deutschen Schulen dient derzeit nicht der Integration, sondern fördert ein Verharren in Einstellungen, die echte Integration verhindern. Da die islamischen Gemeinschaften in Deutschland keine kirchenähnliche Struktur aufweisen, kann ihnen das Privileg eines „bekenntnisgebundenen“ Religionsunterrichts an staatlichen Schulen nicht zugestanden werden. Keine Sonderrechte für Muslime an unseren Schulen.

Seite 150

Nummer 2107

Die Koranschulen in Deutschland werden zumeist von Moscheevereinen betrieben. Viele dieser Vereine stehen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ablehnend gegenüber. Wir fordern deshalb eine flächendeckende Überprüfung aller Moscheevereine auf Verfassungsfeindlichkeit. Auch in Koranschulen muss die Lehrsprache Deutsch sein.

Seite 150

Nummer 2108

Kern der Gender-Ideologie ist die Leugnung von biologischen Unterschieden zwischen Mann und Frau, verbunden mit der Behauptung, dass Geschlechter nur soziale Konstrukte seien. Unterschiede etwa bei der Auswahl und Ausübung von Berufen werden als Beweis einer vermeintlichen Diskriminierung betrachtet und deren Beseitigung gefordert. Behauptungen der Gender-Ideologie stehen im Widerspruch zu Erkenntnissen der Biologie.

Seite 152

Nummer 2109

Alle Fördermittel für die auf der Gender-Ideologie beruhende Lehre und Forschung sind zu streichen. Politisch korrekte Sprachvorgaben zur Durchsetzung der Gender-Ideologie lehnen wir ab. Gleichstellungsbeauftragte sind abzuschaffen. Bei der Besetzung von Stellen muss allein die fachliche Qualifikation des Bewerbers entscheiden.

Seite 152

15. Kultur

Nummer 2110

Kulturrelativismus und Multikulturalismus führen zu einem Neben- und Gegeneinander von Parallelgesellschaften, denen es an gemeinsamen Werten für das Zusammenleben fehlt. In einer derart fragmentierten Gesellschaft entstehen Konflikte, die kaum noch beherrschbar sind. Die AfD wird nicht zulassen, dass Deutschland aus falsch verstandener Toleranz vor dem Islam seine tradierte Kultur verliert.

Seite 156

Nummer 2111

Die sogenannte „genderechte Sprache“ ist eine groteske Verunstaltung der deutschen Sprache. Sie schafft keine Gleichberechtigung.

Sprache darf kein Spielball ideologischer Interessen sein. Wir lehnen daher insbesondere die sogenannte „genderechte Sprache“ ab und sprechen uns gegen jegliche Verpflichtung aus, sie verwenden zu müssen. Die Verwendung der „leichten Sprache“ sollte auf kognitiv beeinträchtigte Personen beschränkt bleiben.

Seite 157

Nummer 2112

Die deutsche Geschichte ist in ihrer Gänze zu würdigen. Die offizielle Erinnerungskultur darf sich nicht nur auf die Tiefpunkte unserer Geschichte konzentrieren, sie muss auch die Höhepunkte im Blick haben. Ein Volk ohne Nationalbewusstsein kann auf die Dauer nicht bestehen.

Seite 158

Nummer 2113

Wir wenden uns gegen die zunehmend aggressiven Versuche einer ideologisch geprägten, moralisierenden Umdeutung der Geschichte, die sich an der Schleifung von Denkmälern und Umbenennung von Straßen festmacht. Die Aggressivität, die sich mittlerweile gegen das Kaiserreich wie auch gegen die Denkmäler

Bismarcks und der deutschen Kaiser richtet, gilt nicht nur diesem vergangenen Staat, sondern der deutschen Nation an sich.

Seite 158-159

Nummer 2114

Die Debatte um eine angeblich notwendige „Dekolonisierung“ unserer Kultur, die mit einer Verteufelung des „weißen Mannes“ einhergeht, stellt das Selbstverständnis unserer kulturellen Identität insgesamt infrage. Die AfD stellt sich als einzige politische Kraft dieser Demontage unserer historischkulturellen Identität entgegen. Die sogenannte „Critical Race Theory“, wonach Rassismus gegen Weiße nicht möglich sei, lehnen wir ab.

Seite 159

16. Medien

Nummer 2115

Die Rundfunkstaatsverträge sind in jedem Bundesland zu kündigen, um eine grundlegende Reform zu ermöglichen. Am Ende soll ein stark reduzierter Anbieter stehen, der ca. ein Zehntel des bisherigen Umfangs haben soll. Dieser „Grundfunk“ hat nur die Aufgabe, die Bürger flächendeckend mit neutralen Inhalten aus den Sparten Information, Kultur und Bildung zu versorgen. Wichtig bleiben regionale Inhalte – ein schlanker „Heimatkfunk“ als Schaufenster der Regionen.

Seite 162

Nummer 2116

Jede Zensur von Meinungsäußerungen ist ein Angriff auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit. Eine Vormachtstellung in den sozialen Medien und im Bildungswesen darf nicht dazu missbraucht werden, die politische Willensbildung einseitig zu beeinflussen.

Als Quasi-Oligopol wollen wir die Anbieter großer sozialer Medien wie Facebook, Twitter oder Instagram dazu verpflichten, die Meinungsfreiheit ihrer Nutzer zu respektieren.

Das Internet muss als Ort der freien Meinungsäußerung erhalten bleiben. „Faktenprüfer“ und Meinungswächter dürfen keine staatliche Finanzierung erhalten.

Seite 162-163

Nummer 2117

Diffuse Vorstellungen von „politischer Korrektheit“ ersticken die öffentliche Diskussion durch Sprach- und Denkverbote. Tatsachen werden verdreht und kontroverse Themen tabuisiert. Das Zusammenrücken der Altparteien zu einem politischen Meinungskartell hat die linke Dominanz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und in privaten Mainstream-Medien verfestigt.

Seite 163

17. Bauen, Wohnen, Mieten

Nummer 2118

Die AfD fordert daher die Reduktion der überzogenen Standards und Vorgaben, die Streichung der Energieeinsparverordnung sowie den Brand-, den Wärme- und den Schallschutz auf ein notwendiges Mindestmaß zurückzufahren. Wir benötigen eine bundesweite Vereinfachung und Vereinheitlichung des Baurechtes und eine Beschleunigung von Verfahren durch Bürokratieabbau und Digitalisierung.

Seite 166

Nummer 2119

Damit Einheimische besser auf das vorhandene Angebot zugreifen können, ist der Erwerb von Wohnimmobilien durch Käufer ohne deutsche Staatsbürgerschaft, deren Hauptwohnsitz im Ausland liegt, über eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 20% zu erschweren. Die Grundsteuer und Gebühren wie die EEG-Umlage und die GEZ-Gebühren (Haushaltsabgabe) sind zu streichen. Der Ausgleich der Grundsteuer an die Gemeinden ist vom Bund zu leisten.

Seite 166

18. Klima, Energie, Technik und Digitalisierung

Nummer 2120

Das Ziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen faktisch auf null zu senken, führt zu einem radikalen Umbau von Industrie und Gesellschaft („Die Große Transformation“ / „The Great Reset“) und bedroht unsere Freiheit in einem immer beängstigenderen Ausmaß. Die AfD lehnt dieses Ziel und den damit verbundenen Gesellschaftsumbau ab.

Seite 172

Nummer 2121

Begründet wird der radikale Umbau von Industrie und Gesellschaft mit der Behauptung, dass durch eine Dekarbonisierung, also den Verzicht auf die Nutzung von Kohle, Öl und Gas, eine vom Menschen gemachte „Klimakatastrophe“ noch verhindert werden könne. Wir halten diese These und die daraus abgeleiteten Maßnahmen für falsch.

Das Spurengas CO₂ ist als Voraussetzung für alles Leben unverzichtbar. Der Anstieg der Konzentration von CO₂ der Atmosphäre hat in den letzten Jahrzehnten zu einem Ergrünen der Erde beigetragen.

Seite 173

Nummer 2122

Es ist bis heute nicht nachgewiesen, dass der Mensch, insbesondere die Industrie, für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich ist. Die jüngste Erwärmung liegt im Bereich natürlicher Klimaschwankungen, wie wir sie auch aus der vorindustriellen Vergangenheit kennen.

Seite 173

Nummer 2123

Das Pariser Klimaabkommen vom 12.12.2015 ist zu kündigen. Deutschland muss aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen.

Seite 173

Nummer 2124

Wir lehnen den „Green Deal“ der EU sowie jegliche weitere Formen von Planwirtschaft ab. Wir wollen das EEG ersatzlos streichen und die Vorrangspeisung beenden. Die sichere Energieversorgung eines Industrielandes erfordert einen breiten Energiemix. Eine komplette Umstellung unserer Energieversorgung auf volatile „erneuerbare“ Energielieferanten ist unökologisch unrealistisch und daher abzulehnen.

Seite 174

Nummer 2125

Anlagen, die nach 20 Jahren aus der Förderung gefallen sind, sollen ohne Subventionen und Einspeisevorrang am Markt teilnehmen. Ein Rückbau von Windenergieanlagen hat vollständig zu erfolgen, inklusive der Betonfundamente.

Seite 175

Nummer 2126

Technikoffenheit gilt auch für die Nutzung von Wasserstoff und Elektromobilität. Beide erfordern ein ökologisch, energetisch und ökonomisch unsinniges paralleles Infrastruktursystem. Aufgrund hoher und günstiger Verfügbarkeit aus Erdgas besteht kein Bedarf an durch volatile „erneuerbare“ Energieträger erzeugtem Wasserstoff, eine großtechnische Herstellung daraus ist bisher gar nicht möglich.

Seite 176

Nummer 2127

Verwertbare Kernkraftwerk-Reststoffe sollten für eine zukünftige Nutzung rückholbar gelagert werden („geschlossener Brennstoffkreislauf“). Da mit Gorleben ein vollständig erforschtes und uneingeschränkt geeignetes Endlager zur Verfügung steht, ist die Suche nach einem anderen geologischen Endlager einzustellen.

Seite 176-177

Nummer 2128

Die Endlagerfrage wird von Kernkraftgegnern als politisch aufgebauschtes Problem ins Feld geführt, um die friedliche Nutzung der minimalinvasiven und emissionsarmen Kernenergie auf ewig zu verhindern.

Seite 177

Nummer 2129

Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnt die AfD ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger in der Wahl des Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben.

Seite 183

Nummer 2130

Die AfD unterstützt und fördert den motorisierten Individualverkehr als beliebteste Möglichkeit der Fortbewegung. Intelligente Technik und stauvermeidende Verkehrsführung schützen die Umwelt. Wissenschaftlich mangelhaft belegte Maßnahmen, wie z. B. Dieselfahrverbote oder Umweltpuren, erreichen das nicht.

Seite 183

Nummer 2131

Die AfD lehnt ein generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen strikt ab. Starre Tempolimits müssen regelmäßig überprüft werden und im Fall der Unbegründetheit wegfallen. Temporär sind flexible, situations- gerechte Streckenbeeinflussungsanlagen die Alternative.

Seite 184

Nummer 2132

Der globale Flugverkehr ist von elementarer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und darf nicht kurzfristig einer unwissenschaftlichen Klima-Hysterie geopfert werden.

Seite 185

Nummer 2133

Wenn die bestehende, realitätsfremde EU-CO2-Reduktionsgesetzgebung im Verkehrssektor nicht verhindert werden kann, sind synthetische Kraftstoffe als zukunftsfähiger Treibstoff für Verbrennungsmotoren zu berücksichtigen. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, welche mit synthetischem Kraftstoff angetrieben werden, müssen hinsichtlich Ihrer Abgabenlast gegenüber elektrisch angetriebenen Fahrzeugen eine Gleichbehandlung erfahren.

Seite 186

Nummer 2134

Bei Umwelt- und Landschaftsschutz wollen wir eine starke regionale Verankerung. Für die heimatische Landschaft wollen wir die Privilegierung von energieerzeugenden Anlagen ausschließen. Die Weiterentwicklung bestehender Siedlungsflächen ist zu ermöglichen. Bei der notwendigen Inanspruchnahme von Flächen setzen wir auf schonende Landnutzung in Eigenverantwortung der Regionen und Kommunen.

Seite 187

19. Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz

Nummer 2135

Die fort- schreitende Entmündigung von Landwirten, Jägern und Verbrauchern durch immer mehr europäische Regulierungen muss ein Ende haben. Entscheidungen müssen unter Einbeziehung aller Beteiligten auf der Grundlage rationaler Faktenanalysen statt ideologischen Wunschenkens getroffen werden.

Seite 192

Nummer 2136

Um bis zur Renationalisierung gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen, die Landschaftspflege zu belohnen und die extensive Nutztierhaltung zu fördern, setzt sich die AfD für die Einführung einer bundesweiten Weidetierprämie ein. Darüber hinaus müssen Agrarumweltmaßnahmen derart gestaltet werden, dass sie lebensfähige ländliche Strukturen in unserer Heimat erhalten und den agrartechnischen Fortschritt sichern.

Seite 193

Nummer 2137

Die AfD fordert die Revision der Düngeverordnung, die Aufhebung der pauschalen Reduktion der Düngemengen und die präzise Ermittlung von Eintragsquellen nach dem Verursacherprinzip unter Beachtung von Kostenwirksamkeit und Verhältnismäßigkeit. Praxiskonformen Pflanzenschutz etablieren.

Seite 194

Nummer 2138

Jedoch wird eine bedingungslose Wiederansiedlung des Wolfs von den Behörden unter Berufung auf die Zielsetzung der EU-Richtlinien zum Natur- und Artenschutz betrieben. Der Wolf ist ein Raubtier, das zu Nutztierverlusten bei Landwirten führt. Die Unsicherheiten und Ängste der Menschen, speziell in ländlichen Regionen, müssen ernst genommen werden. Weidende Schafe, Ziegen, Rinder und Pferde sind besonders betroffen. Unsere Fürsorgepflicht gilt für unsere Weidetiere in gleichem Maße wie für den Wolf. Die AfD fordert den Einstieg in eine Bestandsregulierung und die Ausweisung von wolfsfreien Gebieten.

Seite 197

Nummer 2139

Der politisch-ideologisch forcierte und staatlich subventionierte Ausbau regenerativer Energien ist nicht nur ein ökonomisches Desaster, sondern belastet auch unsere Heimat, unser Lebensgefühl und unsere Natur in erheblichem Maße. Wir lehnen die undurchsichtigen Verfahren ab, die den Ausbau sogenannter erneuerbarer Energien über die Köpfe der Bürger hinweg ermöglichen.

Seite 199

Nummer 2140

Die massive Subventionierung der Windindustrie zerstört nicht nur Kulturlandschaften und Wälder, sondern mindert durch den Bau von Stromtrassen auch die Grundstückswerte. Den Neubau von Photovoltaikanlagen auf Freiflächen lehnen wir aufgrund ihres hohen Flächenverbrauchs sowie ihrer abschreckenden Wirkung für den Tourismus ab.

Seite 200

AfD - Grundsatzprogramm

1. Demokratie und Grundwerte

Nummer 301

Als freie Bürger treten wir ein für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur.

2. Europa und EURO

Nummer 302

Wir lehnen die „Vereinigten Staaten von Europa“ ebenso ab wie eine EU als Bundesstaat, aus der kein Austritt mehr möglich ist. Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland, das die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger garantiert, ihren Wohlstand fördert und seinen Beitrag zu einem friedlichen und prosperierenden Europa leistet.

Nummer 303

Die politische Führung der großen EU-Länder will die Europäische Union um jeden Preis und gegen den Mehrheitswillen der europäischen Völker zu einem Einheitsstaat umgestalten. Wir fordern stattdessen, die Nationalstaaten zu erhalten und ihnen wieder mehr Kompetenzen zu geben.

Nummer 304

Der gemeinsame EURO ist eine grundlegende Fehlkonstruktion. Aus der Währungsunion entwickelte sich zwangsläufig eine Schuldenunion. Wir fordern, das EURO-Experiment geordnet zu beenden. Sollte sich der Bundestag dieser Forderung nicht anschließen, muss über den Verbleib Deutschlands im Währungsverbund eine Volksabstimmung durchgeführt werden.

3. Innere Struktur und Sicherheit

Nummer 305

Vor dem Hintergrund der steigenden Brutalität jugendlicher Krimineller ist auf volljährige Täter das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden und das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre zu senken.

Nummer 306

Straftäter, von denen erhebliche Gefahren für die Allgemeinheit ausgehen, müssen auch und gerade dann sicher verwahrt werden, wenn sie psychisch krank, drogen- oder alkoholabhängig sind. Lockerungen und Urlaube im Strafvollzug dürfen nur mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft möglich sein. Ausländische Straftäter müssen viel schneller als bisher abgeschoben werden.

Nummer 307

Die AfD widersetzt sich jeder Einschränkung von Bürgerrechten durch eine Verschärfung des Waffenrechts. Die Kriminalisierung von Waffenbesitz schreckt Täter nicht ab, sondern macht Opfer wehrloser.

Nummer 308

Die Alternative für Deutschland betrachtet den bloßen Schutz der europäischen Außengrenzen als unzureichend und fordert den Aufbau eines flächendeckenden deutschen Grenzschutzes unter dem Dach der Bundespolizei. An Deutschlands Außengrenzen sollen wieder betriebsbereite Grenzübergangsstellen bereitstehen.

4. Außen- und Sicherheitspolitik

Nummer 309

Der „Kalte Krieg“ ist vorbei. Die USA bleiben unser Partner. Russland soll es werden. Die AfD setzt sich deshalb für ein Ende der Sanktionen und eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland ein.

Nummer 310

Die AfD tritt dafür ein, für alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren den Grundwehrdienst wieder einzusetzen.

5. Arbeitsmarkt und Sozialpolitik

Nummer 311

Die AfD will eine „Aktivierende Grundsicherung“ als Alternative zum Arbeitslosengeld II (sogenanntes „Hartz IV“) einführen. Dabei soll der staatliche Unterstützungsbetrag erst ab einer bestimmten Einkommenshöhe in voller Höhe abgezogen werden, so dass derjenige, der arbeitet, auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung hat, als derjenige, der nicht arbeitet.

6. Familien und Kinder

Nummer 312

Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden.

Nummer 313

Die Alternative für Deutschland wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie zu einem Menschenrecht zu erklären.

7. Kultur, Sprache und Identität

Nummer 314

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur. Die Ideologie des Multikulturalismus betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität selbstbewusst verteidigen.

Nummer 315

Auf EU-Ebene will die AfD dafür sorgen, dass das Deutsche dem Englischen und Französischen auch in der alltäglichen Praxis gleichgestellt wird.

Die AfD sieht mit Sorge, wie die deutsche Sprache im Sinne einer falsch verstandenen „Internationalisierung“ durch das Englische ersetzt oder „gegendert“ wird. Politisch „korrekte“ Sprachvorgaben lehnen wir entschieden ab.

Nummer 316

Viele gemäßigte Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte und geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Sie gehören zu Deutschland. Der Islam gehört aber nicht zu Deutschland.

Nummer 317

Die Zwangsfinanzierung des öffentlichen Rundfunks ist umgehend abzuschaffen und in ein Bezahlfernsehen umzuwandeln.

8. Schule, Hochschule und Forschung

Nummer 318

Die Gender-Forschung erfüllt nicht den Anspruch, der an seriöse Forschung gestellt werden muss. Bestehende Gender-Professuren sollen nicht mehr nachbesetzt, laufende Gender-Forschungsprojekte nicht weiter verlängert werden.

Nummer 319

Wir wollen keine ideologisch motivierte Inklusion „um jeden Preis“. Die AfD setzt sich für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein.

Nummer 320

Wir wollen, dass an unseren Schulen wieder Leistung und Disziplin einziehen.

Nummer 321

Die AfD lehnt Geschlechterquoten im Studium oder in der Arbeitswelt generell ab, da Quoten leistungsfeindlich und ungerecht sind und andere Benachteiligungen schaffen.

9. Einwanderung, Integration und Asyl

Nummer 322

Der wichtigste (Fehl-)Anreiz, über das Asylrecht in das deutsche Sozialsystem einzuwandern, ist die fehlende Durchsetzung der Ausreisepflicht gegenüber Ausländern, die nicht oder nicht mehr bleibeberechtigt sind. Alle rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber sind unverzüglich außer Landes zu bringen, sofern sie nicht die entsprechenden Ausreiseaufforderungen freiwillig befolgen.

Nummer 323

Jeder Einwanderer hat eine unabdingbare Bringschuld, sich zu integrieren; er muss sich seiner neuen Heimat anpassen, nicht umgekehrt. Wer sich der Integration verweigert, muss sanktioniert werden und letztendlich auch sein Aufenthaltsrecht verlieren können.

Nummer 324

Das europäische Freizügigkeitsrecht hat zu massiven Wanderungsbewegungen innerhalb der Europäischen Union aus den ärmeren in die reicheren Staaten, insbesondere nach Deutschland geführt. Dabei muss die direkte Einwanderung in Sozialsysteme verhindert werden.

10. Wirtschaft, digitale Welt und Verbraucherschutz

Nummer 325

Unsere Mittelstandspolitik ist Ordnungspolitik. Die AfD lehnt Subventionen generell ab. Wir wollen gleiche Regeln für alle – ob groß, ob klein, in jeder Branche.

11. Finanzen und Steuern

Nummer 326

Die AfD will die nationale Steuererhebungskompetenz beibehalten und befürwortet den Wettbewerb nationaler Steuersysteme. Die AfD wendet sich entschieden gegen ein eigenes Steuererhebungsrecht der Europäischen Union. Die AfD setzt sich für die Wiederherstellung des Bank- und Steuergeheimnisses ein.

Nummer 327

Aus Sorge um unser Geld will die AfD offen darüber diskutieren, ob grundsätzliche Reformen am Geldsystem und dem Kartell aus Zentral- und Geschäftsbanken notwendig sind. Damit Deutschland bei einer demokratischen Entscheidung hin zu stabilem Geld alle Optionen offen hat, wollen wir das Gold der Bundesbank ausschließlich in Deutschland aufbewahren.

12. Energiepolitik

Nummer 328

Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung beruht auf bisher unbewiesenen hypothetischen Klimamodellen.

Nummer 329

Die staatliche Bevormundung der Besitzer von Gebäuden, der Wohneigentümer und Mieter für Maßnahmen zur Wärmedämmung und Erhöhung der Energie-Effizienz in Gebäuden ist zu beenden.

Nummer 330

Wir setzen uns dafür ein, die Subventionierung und Vorrang einspeisung des Stroms aus Biogasanlagen durch Abschaffen des EEG zu beenden. Die Subventionierung der Biokraftstoffe durch das Quotensystem ist einzustellen.

13. Natur- Umwelt, Land- und Forstwirtschaft

Nummer 331

Den weiteren Ausbau der Windenergie in Deutschland lehnen wir ab. Er bringt mehr Schaden als Nutzen. Windenergieanlagen sind nur noch ausnahmsweise an Standorten zuzulassen, an denen keine Beeinträchtigungen für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild zu erwarten sind.

14. Infrastruktur, Wohnen und Verkehr

Nummer 332

Die AfD ist strikt gegen verkehrspolitische Schikanen, mit denen ein Umstieg auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr erzwungen werden soll. Die Autofahrer werden auf Deutschlands Straßen durch immer mehr Geschwindigkeitsbeschränkungen behindert. Die AfD lehnt alle Beschränkungen aus anderen Gründen als der Verkehrssicherheit ab.

Nummer 333

Wir wollen mehr Wohneigentum schaffen. Wohneigentum fördert die Heimatbindung und den Wunsch, das eigene Umfeld zu bewahren und zu erhalten. Dafür sind geeignete Maßnahmen zu treffen. Die Absenkung der Grunderwerbsteuer und die Stärkung der gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften und Wohnungsgesellschaften gehören zu diesen Maßnahmen.

NPD - Wahlprogramm

1. Grundlage des Staates ist das Volk

Nummer 401

Sogenannte „multikulturelle“ Gesellschaften sind in Wirklichkeit kulturlose Gesellschaftsformen, die je nach ihrer ethnokulturellen Zusammensetzung Parallelgesellschaften ausbilden, die für jedes Staatswesen zur Zerreißprobe werden.

Seite 11, Punkt 1a

Nummer 402

Die politische Organisationsform eines Volkes ist der Nationalstaat. Die Erhaltung unseres Volkes und der Schutz für alle seine Teile müssen oberste Ziele deutscher Politik sein.

Seite 11, Punkt 1a

Nummer 403

Eine Überfremdung Deutschlands, ob mit oder ohne Einbürgerung, lehnen wir strikt ab.

Seite 11, Punkt 1b

2. Grundlage unsere Volkes ist die deutsche Familie

Nummer 404

Ihren natürlichen Ausdruck findet die Familie in der Ehe mit Kindern. Dies begründet den besonderen Schutz von Familie und Ehe. Homosexuelle Lebenspartnerschaften bilden keine Familie und dürfen nicht gefördert werden.

Seite 12, Punkt 2

Nummer 405

Die NPD bekennt sich zur Unterschiedlichkeit und Gleichwertigkeit von Mann und Frau und lehnt die naturwidrige Gender- Mainstreaming-Ideologie ab.

Seite 12, Punkt 2a

Nummer 406

Familienpolitische Maßnahmen des Staates, wie das Kindergeld, das „Begrüßungsgeld“ für Neugeborene, das „Müttergehalt“ und das von der NPD geforderte Familiendarlehen haben ausschließlich deutsche Familien zu fördern.

Seite 12-13, Punkt 2c

3. Alle Staatsgewalt geht vom deutschen Volke aus

Nummer 407

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt keine durch das Volk legitimierte Verfassung. Eine verfassungsgebende Nationalversammlung hat dem deutschen Volk einen Verfassungsentwurf für ein souveränes Deutschland zur Abstimmung vorzulegen. Diese Verfassung kann nur durch das Volk selbst geändert werden.

Seite 14, Punkt 3a

4. Die Wirtschaft muss dem Volk dienen

Nummer 408

Zweck des Wirtschaftens ist die Bedarfsdeckung des Volkes und die Schaffung von Werten. Aufgabe des Staates ist die gerechte Verteilung des Wohlstandes sowie der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Jeder Deutsche hat das Recht wie auch die Pflicht zu arbeiten.

Seite 16, Punkt 4

5. Die Raumorientierte Volkswirtschaft als wirtschaftspolitische Alternative

Nummer 409

Die deutsche Wirtschaft einschließlich der in Deutschland tätigen ausländischen Unternehmen hat dem deutschen Volk, seiner materiellen Sicherung und seiner geistig-kulturellen Entwicklung zu dienen.

Seite 19, Punkt 5

6. Nationale Währungs-, Steuer- und Finanzpolitik

Nummer 410

Deshalb fordert die NPD die Wiedereinführung der D-Mark zu einem sozial gerechten Wechselkurs unter der Aufsicht einer weisungsungebundenen, nationalen Zentralbank, die das alleinige Recht der Geldschöpfung besitzt.

Seite 21, Punkt 6a

7. Sozialpolitik als nationale Solidarität

Nummer 411

Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern und einer gesonderten Ausländersozialgesetzgebung zuzuordnen. In ihrer Ausgestaltung von Pflichten und Ansprüchen hat sie auch dem Rückführungsgedanken Rechnung zu tragen. Die Ausstattung eines Ausländersozialfonds ist durch die Fremden selbst und Unternehmen, die diese beschäftigen, zu finanzieren. Asylbewerber haben keinen Anspruch auf Sozialleistungen.

Seite 23, Punkt 7b

8. Nationale Gesundheitspolitik

Nummer 412

Die Gesundheitsversorgung ist ein Grundrecht und kein Luxus. Um dieses Grundrecht zu gewährleisten und es auch bezahlbar zu machen, ist die Zusammenführung der Vielzahl von Kassen zu einer einzigen Volksgesundheitskasse erforderlich.

Seite 25, Punkt 8

9. Nationale Rentenpolitik

Nummer 413

Die Einführung eines Kinderbonus in der Volksrentenkasse, gestaffelt nach Kinderzahl, würdigt die Erziehungsleistung für das Allgemeinwohl. Durch diesen zusätzlichen Rentenanspruch wird auch die erzieherische Leistung anerkannt.

Seite 27, Punkt 9b

10. Deutschland den Deutschen

Nummer 414

Gegen den Willen des deutschen Volkes wurden von Großkapital, Regierung und Gewerkschaften Millionen von Ausländern nach Deutschland eingeschleust. Durch massenhafte Einbürgerungen wird das deutsche Staatsbürgerrecht aufgeweicht und das Existenzrecht des deutschen Volkes in Frage gestellt. Um diese Fehlentwicklung zu stoppen, muß das ursprüngliche, auf dem Abstammungsprinzip fußende Staatsbürgerschaftsrecht wieder eingeführt werden. Die „multikulturelle“ Gesellschaft ist gescheitert!

Seite 28, Punkt 10

Nummer 415

Das Leben in diesen überfremdeten Wohnvierteln, in denen oftmals rechtsfreie Räume entstanden sind und zunehmend Fremde Machtansprüche stellen, ist für viele Deutsche unerträglich. Zwangsläufig stehen sich dort Deutsche und Angehörige fremder Völker zunehmend feindseliger gegenüber. Durch diese Entwicklung wird der innere Friede nachhaltig gefährdet.

Seite 28, Punkt 10

Nummer 416

Ein grundlegender politischer Wandel muß die sowohl kostspielige als auch menschenfeindliche Integrationspolitik beenden und auf die Erhaltung der deutschen Volkssubstanz abzielen. Integration ist gleichbedeutend mit Völkermord.

Seite 28, Punkt 10a

Nummer 417

Bauliche und kulturelle Veränderungen, etwa durch fremdreligiöse Bauten, sind zu stoppen. Eine besondere Gefahr für Identität und Kultur der Deutschen geht nicht vom Islam als Religion aus, sondern von der Islamisierung.

Seite 28, Punkt 10a

Nummer 418

Das weltweit einzigartige Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland hat nicht nur zu einem Mißbrauch in unvorstellbarem Ausmaß geführt, sondern auch zu einer Belastung der Staatsausgaben in Milliardenhöhe. Der sogenannte „Asylparagraph“ Art. 16 a GG ist daher ersatzlos zu streichen. Die Möglichkeit zur Heimkehr der Deutschen, die jetzt im Ausland leben, muß jederzeit gewahrt bleiben.

Seite 29, Punkt 10c

11. Deutsche Souveränität und das Europa der Völker

Nummer 419

Weil die Herrschenden dem eigenen Volk mißtrauen, verfügt die Bundesrepublik bis heute über keine demokratisch legitimierte Verfassung. Das Grundgesetz beruht nicht auf dem Prinzip der Volkssouveränität, da das Volk darüber bis heute nie abstimmen durfte.

Seite 30, Punkt 11

Nummer 420

Die Wiedereinführung der sogenannten „EU-Verfassung“ durch die Hintertür, deklariert als „Lissaboner Vertrag“, zeigt die Verachtung der Regierenden gegenüber dem Verfassungsprinzip der Volkssouveränität, nach dem alle Staatsgewalt vom Volk auszugehen hat.

Seite 30, Punkt 11

Nummer 421

Die politische Klasse in Deutschland flüchtet sich in ein Europa, in dem keine demokratische Legitimation zur Herrschaftsausübung besteht. Dieses EU-Europa der Technokraten und Konzerne ist eine Kampfansage an das Europa der Völker.

Seite 30, Punkt 11a

Nummer 422

Weltweit erteilt der Aufbruch der Völker dem multikulturellen Einheitswahn eine Absage. In Europa muß das Bekenntnis zum abendländischen Erbe, zum nationalstaatlichen Ordnungsprinzip, zur Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und zum Prinzip der Volkszugehörigkeit Grundlage einer Neuordnung sein.

Seite 30-31, Punkt 11b

12. Aussenpolitische Grundsätze

Nummer 423

Auf die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen ist vor dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrungen und den Notwendigkeiten in Gegenwart und Zukunft auf den Gebieten der Politik, Wirtschaft und Verteidigung besonderes Augenmerk zu legen.

Im Gegensatz zu Rußland gehören die Türkei und Israel nicht zu Europa.

Seite 32, Punkt 12

Nummer 424

Unrecht kann niemals die Grundlage eines dauerhaften Friedens zwischen Völkern sein. Die NPD bestreitet die Rechtmäßigkeit der durch die Alliierten erzwungenen Grenzenerkennungsverträge.

Eine nationale Regierung hat sich in Kenntnis der Geschichte und unzweifelhafter Verstöße gegen das Völkerrecht strikt gegen die Preisgabe deutscher Gebiete zu verwahren. Konflikte sind ausschließlich auf friedlichem Weg zu lösen.

Seite 32, Punkt 12a

Nummer 425

In Übereinstimmung mit dem Völkerrecht fordern wir eine Politik zur Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb seiner geschichtlich gewachsenen Grenzen. Hierzu ist im Rahmen einer europäischen Friedensordnung ein Friedensvertrag mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges abzuschließen.

Seite 32, Punkt 12b

13. Schuld kult beenden

Nummer 426

Deutschland braucht um seiner Zukunft willen ein nationales Geschichtsbild, das die Kontinuität im Leben unseres Volkes in den Mittelpunkt stellt. Wir Nationaldemokraten erteilen dem staatlich verordneten Schuld kult, der nicht zuletzt im Dienst fremder Finanzinteressen steht und deutschen Selbsthaß, vor allem bei der Jugend, fördert, eine Absage.

Seite 34, Punkt 13

Nummer 427

Der 8. Mai 1945 war kein Tag der Befreiung, sondern der Niederlage und Besetzung unseres Landes, und er ist daher kein Anlaß für Feiern.

Seite 34, Punkt 13

14. Landwirtschaft und Naturschutz

Nummer 428

Tierquälerei – wie beispielsweise das kulturfremde Schächten – ist ein Verbrechen und strafrechtlich streng zu ahnden. Tiertransporte sind artgerecht durchzuführen und auf ein Minimum zu begrenzen. Deshalb muß der Tierschutz in der Verfassung verankert werden.

Seite 36, Punkt 14b

15. Energie- und Verkehrspolitik

Nummer 429

Da eine größtmögliche Energieautarkie ein wichtiger Beitrag zur Versorgungssicherheit ist, strebt die NPD eine möglichst breitgefächerte Bezugsquellenvielfalt sowie eine deutliche Ausweitung der Rohstoffbevorratung an. Eine strategische Energieallianz mit Rußland ist anzustreben.

Seite 37, Punkt 15a

16. Bildung und Kultur

Nummer 430

Jahrzehntelange Reformen auf der Basis des Dogmas der angeblichen Gleichheit aller Menschen haben die Leistungsfähigkeit unseres Schul- und Hochschulwesens untergraben. Hinter diesen ideologiesteuerten Reformen steht die wirklichkeitsferne Vorstellung, durch ausgeklügelte Programme eine neue Gesellschaft mit Menschen gleicher Fähigkeiten und Leistungen zu schaffen. Im Ergebnis sehen wir einen Leistungsverfall, der durch Zuwanderung noch verstärkt wird.

Seite 39, Punkt 16

Nummer 431

Die NPD lehnt die gemeinsame Unterrichtung deutscher und ausländischer Schüler ab, weil Ausländerkinder mit ihren meist nur mangelhaften Deutschkenntnissen das Unterrichtsniveau absenken und die Sprach- und Lesefähigkeit auch der deutschen Schüler beeinträchtigen.

Seite 40, Punkt 16b

Nummer 432

Die NPD teilt den Kulturbegriff Herders, demzufolge Völker Gedanken Gottes sind. Es ist Aufgabe des Staates, der gewachsenen Nationalkultur als identitätsstiftendem Element auf allen Gebieten sorgfältige Pflege zuteil werden zu lassen und sie vor kultureller Überfremdung, wirtschaftlichem Ausverkauf und kommerzieller Verflachung zu schützen. Nicht unterschätzt werden darf die Rolle einer neurotisierenden „Erinnerungskultur“, die zu einem historisch beispiellosen Traditionsabriß geführt hat, der mittlerweile die Zukunftsfähigkeit Deutschlands gefährdet.

Seite 41, Punkt 16d

Nummer 433

Die NPD hält die sogenannte Rechtschreibreform für gescheitert und befürwortet eine Rückkehr zur bewährten Rechtschreibung. Der Schutz der deutschen Sprache muß Verfassungsrang erhalten.

Seite 41, Punkt 16d

Nummer 434

Die Medien sind ein Instrument einer weitreichenden Gleichschaltungs- und Tabuisierungspolitik. Die Voraussetzungen für Meinungsvielfalt müssen hergestellt werden. Der Konzentration von Medien- und damit Meinungsmacht ist ein Riegel vorzuschieben. Es darf keine Meinungsmonopole geben. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß zu parteipolitischer Neutralität verpflichtet werden, um nicht Sprachrohr der herrschenden politischen Kräfte zu sein.

Seite 41, Punkt 16e

17. Reform des Rechtssystems

Nummer 435

Die Grundrechte müssen in unserem Land für jeden Deutschen, ungeachtet seiner politischen Einstellung, Gültigkeit besitzen. Mit ihrer Beschneidung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit für nationale Deutsche haben die etablierten politischen Kräfte den Weg vom Rechtsstaat zum Gesinnungsstaat beschritten. Es sind die herrschenden Parteien selbst, die die Grundrechte aushebeln. Die Etablierten, die heute durch ihre EU- und Globalisierungspolitik die Auflösung des Nationalstaates betreiben, haben die freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf die sie sich formal immer noch berufen, in ihrem Kernbestand längst beseitigt.

Seite 42, Punkt 17

Nummer 436

Über die Wiedereinführung der Todesstrafe ist ein Volksentscheid durchzuführen. Lebenslange Freiheitsstrafe muß tatsächlich lebenslangen Freiheitsentzug bedeuten.

Seite 42, Punkt 17

Nummer 437

Kriminelle Ausländer sind abzuschieben, es ist ein lebenslanges Einreiseverbot zu verhängen. Die Feststellung, daß im Heimatland eines Ausländers strengere Strafen als in Deutschland gelten, darf der Abschiebung nicht im Wege stehen.

Seite 42, Punkt 17

Nummer 438

Alliiertes Massenmord darf nicht verjähren. Der Ehrenschatz des deutschen Volkes ist wirksam zu gewährleisten.

Seite 43, Punkt 17

18. Innere Sicherheit

Nummer 439

Deutschland befindet sich schon längst im Zustand eines Vorbürgerkriegs, der den Deutschen durch die Einführung einer „multikulturellen“ Gesellschaft aufgezwungen wurde. Deshalb wird Deutschland nicht in aller Welt, sondern in seinen Großstädten verteidigt.

Seite 44, Punkt 18

Nummer 440

Die Sicherheit aller Deutschen im Inneren ist durch eine effiziente Sicherheitskoordinierung zu gewährleisten. Dazu gehören in erster Linie die Beseitigung sozialer und ethnischer Brennpunkte, insbesondere im Gefolge der „Multikulturalisierung“ der großstädtischen Ballungsräume.

Seite 44, Punkt 18

Nummer 441

Die Aussagekraft der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) muß durch die bundeseinheitliche Einführung einer weiteren Rubrik für eingebürgerte Ausländer neben der bisherigen Ausländer-Kriminalstatistik erhöht werden.

Seite 45, Punkt 18a

Nummer 442

Die Auslieferung Deutscher an ausländische Strafverfolgungsbehörden muß grundsätzlich verboten sein – wie es das Grundgesetz vorschreibt. Entsprechende Verpflichtungen, die der Bundesrepublik aus der Anerkennung des „internationalen Haftbefehls“ erwachsen, sind erforderlichenfalls zu kündigen.

Seite 46, Punkt 18b

Nummer 443

Die NPD fordert die unverzügliche Abschaffung der sogenannten „Verfassungsschutz“-Ämter, die im wesentlichen der Diffamierung unerwünschter politischer Konkurrenz dienen. Solche Behörden haben in einem freiheitlichen Staatswesen nichts zu suchen.

Seite 46, Punkt 18c

Nummer 444

Kinderpornographie und pädophile Straftaten sind härter zu bestrafen. Die NPD befürwortet die Einführung einer deutschlandweiten, öffentlich einsehbaren Sexualstraftäter-Datei sowie die gesetzliche Möglichkeit der Kastration von Pädophilen.

Seite 46, Punkt 18c

19. Wehrpolitik auf nationaler Grundlage

Nummer 445

Wehrdienst ist Ehrendienst am deutschen Volk. Daher bejaht die NPD die allgemeine Wehrpflicht. Die Streitkräfte müssen auch ihrer Aufgabe als Schule der Nation gerecht werden. Traditionsgrundlage und Vorbild für die deutsche Armee ist die tapfere Haltung der deutschen Soldaten aller Zeiten. Seinen Auftrag erhält der Soldat durch das Bewußtsein, daß sein Dienst die Souveränität des deutschen Volkes sichert.

Seite 47, Punkt 19a

Nummer 446

Angesichts der weltweiten Verbreitung von Nuklearwaffen ist im Rahmen eines zu schaffenden Europäischen Sicherheitssystems auch der Tatsache Rechnung zu tragen, daß erst bei Besitz und der Fähigkeit zur Anwendung von Atomwaffen von einer vollständigen staatlichen Souveränität zu sprechen ist. Dies stellt sicher, daß in Zukunft ein Interventionsverbot für raumfremde Mächte in Europa gewährleistet wird.

Seite 48, Punkt 19c

Der dritte Weg - 10 Punkte Programm

1. Schaffung eines Deutschen Sozialismus

Nummer 501

Fundament unseres Deutschen Sozialismus ist die Erkenntnis, dass sich die Menschen im Rahmen verschiedener Kulturkreise und Lebensräume unterschiedlich entwickelt haben. Ein der natürlichen Ordnung entgegenstehender Internationalismus des "Alle Menschen sind gleich" mitsamt seiner multikulturellen Ideologie jenseits jeder Vernunft ist deshalb abzulehnen. Eine größtmögliche Gemeinschaft ist nur im Verbund eines Volkes mit gleichem kulturellen und biologischen Hintergrund sowie gleichen Moral- und Wertvorstellungen möglich.

Nummer 502

Daher streben wir eine Gemeinschaftsordnung innerhalb des Volkes an, bei der sich ein Volksangehöriger nur nach seinen Leistungen und Taten für sein Volk Anerkennung verschaffen kann.

Nummer 503

In dem neuen Deutschland unserer Vorstellung bilden Arbeiter der Faust und der Stirn mit Wirtschaftsführern eine Arbeitsgemeinschaft auf dem Verständnis, dass keiner ohne den anderen kann. Egoistische Interessen sind dem Wohl des Volkes nachzustellen. Der in den Unternehmen erwirtschaftete Gewinn hat zukünftig wieder dem ganzen deutschen Volk zu dienen und nicht ausschließlich den Firmeneigentümern und Aktienmillionären.

Nummer 504

Zur Umsetzung dieser Ziele muss das Volk wieder die Hoheit in diesem Staat erringen. Ein Austritt aus internationalistischen Zwangsbündnissen wie EU und NATO muss damit einhergehen. Nur durch die Rückgewinnung der nationalen Souveränität kann sich unser Volk in unserem Land eine lebenswerte Zukunft gestalten.

2. Raumgebundene Volkswirtschaft

Nummer 505

Die Verstaatlichung von Betrieben, die das öffentliche und gemeinschaftliche Leben sichern, ist eine zentrale Forderung der Partei DER III. WEG. Hierzu zählen Unternehmen, welche den öffentlichen Nah- und Fernverkehr, die Post und Telekommunikation, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Abfallentsorgung und -verwertung, die Abwasserbeseitigung, Rüstung und auch das Gesundheitswesen umfassen.

Nummer 506

Staatliche Unterstützung erhalten nur Bereiche, die Deutschland unabhängiger vom Ausland machen, Arbeitsplätze für Deutsche schaffen und erhalten oder einen gesunden Fortschritt bringen. Zum Beispiel diverse infrastrukturelle Projekte, der Ausbau erneuerbarer Energien oder neue Technologien zur Einsparung von Energien und Rohstoffen.

3. Deutsche Kinder braucht das Land

Nummer 507

Kinder schaffen Zukunft, und nur gesunde Familien können auch eine gesunde Zukunft hervorbringen. Mit anderen Worten: Die Familie – bestehend aus Mann, Frau und Kindern – ist die Keimzelle des Volkes.

Nummer 508

Goethes Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens lautete ganz einfach: "Der Sinn des Lebens ist das Leben selbst." Nur mit dieser Grundeinstellung können junge Menschen das richtige Verhältnis zu Ehe und Familiengründung erreichen. Die Gründung einer Familie ist die höchste menschliche Aufgabe.

Nummer 509

Immer mehr deutsche Frauen bleiben hierzulande kinderlos, und eine Geburtenquote von gerade einmal 1,3 Kindern pro Frau führt zu einer Überalterung unseres Volkes und somit langfristig zum Volkstod. Das ist die nüchterne Bilanz einer vollkommen misslungenen Familienpolitik der herrschenden Klasse sowie einer weit verbreiteten, egoistischen Kinder- und Familienfeindlichkeit.

Nummer 510

Die Mutterschaft – als eine der schönsten Erfahrungen einer Frau in ihrem Leben – wird medial als altbacken und rückständig dargestellt. Mütter werden in der Öffentlichkeit auch gerne als “Verlierer” abgestempelt, während beruflich erfolgreiche Businessfrauen zu Vorbildern erkoren werden.

Nummer 511

Mit jedem Kind schenkt eine Familie dem gesamten Volk ein Stück Zukunft und leistet ihren Beitrag zur Erhaltung unserer natürlichen Ordnung. Dies muss auch durch das gesamte Volk unterstützt werden.

Nummer 512

Allein das traditionelle Familienbild aus Vater, Mutter und Kindern sichert unserem Volk das Überleben und sorgt für seine Zukunft. Die Ehe zwischen Mann und Frau ist somit die einzig natürliche und lebensbejahende Bindung zweier Menschen und muss deshalb als Leitbild ideell vertreten werden. Die Aufwertung sexueller Randgruppen wie Homosexuellen darf somit nicht weiter mit Steuergeldern und medialer Aufmerksamkeit gefördert werden. Die so genannte “Ehe für alle” ist rückgängig zu machen und die Genderlehre – die besagt, dass es keine natürlichen Geschlechter gibt – ist aus allen Bildungsplänen und Lehrstühlen zu streichen.

Nummer 513

Jährlich werden in Deutschland Hunderttausende gesunde Embryos abgetrieben und somit vollwertige Menschen getötet. Grundsätzlich ist jeder Abtreibung eines gesunden Kindes mit Rat und Tat entgegenzutreten. Lediglich wenn eindeutig feststeht, dass nach der Geburt schwere körperliche, geistige oder seelische Behinderungen des Kindes zu erwarten sind, kann ein solcher Schritt gerechtfertigt sein.

Nummer 514

Zum Schutz unserer Kinder setzt sich die Partei DER III. WEG für eine Verschärfung der Strafen für Kinderschänder ein. Ersttäter von Vergewaltigungs- und sexuellen Missbrauchstaten müssen sich einer chemischen Zwangskastration unterziehen, sonst ist eine Haftentlassung ausgeschlossen. Für Wiederholungstäter solcher bestialischen Verbrechen oder Kindermörder ist die Todesstrafe einzuführen und anzuwenden.

4. Heimat bewahren

Nummer 515

Aufgabe unserer Generation ist es deshalb ebenso, diese Identität verbunden mit unserem Heimatland zu erhalten und an unsere Nachfahren weiterzugeben. Damit Deutschland das Land der Deutschen bleibt!

Nummer 516

Oftmals zur Gemeinschaft gar nicht fähig, da sie durch den egoistischen Zeitgeist abgezogen wurde, verbringt die Jugend ihre Freizeit lieber vor Bildschirmen als unter Gleichgesinnten im Schoß unserer Heimat. In Lethargie verfallen stirbt so auch das, was von den Vorvätern an Brauch und Sitte überliefert wurde. Kein Wunder, wenn man sich beispielsweise die aktuellen Bildungspläne ansieht.

Nummer 517

Man kann nicht sein, was man nicht ist. Wenn wir als deutsches Volk heute nicht bewusst unsere Eigenart leben und damit erhalten, wird diese bald keine Leitkultur in Deutschland mehr sein. Dann ziehen fremde Gesetze, Moralvorstellungen, Feiertage, Essverhalten, Geschlechterrollenzuweisungen und vieles mehr ein, wonach wir leben müssen werden.

Nummer 518

Auch im Kulturressort muss an die Stelle der Förderung vermeintlich "avantgardistischer" oder "moderner" Kunst und Kultur wieder eine Fokussierung auf Klassiker der deutschen Kultur- und Geistesgeschichte treten. Darüber hinaus ist eine besondere Förderung von Vereinen und Organisationen anzustreben, die zur Bewahrung von Kulturgütern und Brauchtumspflege beitragen.

Nummer 519

Die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit hat wieder an die Abstammung – und nur an diese – gebunden zu sein.

Nummer 520

Während jedes Empfinden einer deutschen Identität bekämpft wird, kommt es durch den Geburtenmangel des deutschen Volkes bei gleichzeitiger Masseneinwanderung und Vermehrung hier lebender Fremder zu einem sinkenden Anteil von Deutschen in unserem Land. Stadtgebiete wie Duisburg-Marxloh, Berlin-Kreuzberg und Mannheim-Neckarstadt sind schon längst nicht mehr in deutscher Hand. In wenigen Jahren wird dies auf alle westdeutschen Großstädte zutreffen. Und auch im ländlichen Raum sowie in mitteldeutschen Städten ist merklich eine Verausländerung zu spüren. Die Partei DER III. WEG will die Überfremdung stoppen, um unsere Heimat als Land der Deutschen zu verteidigen.

Nummer 521

Gerade die Asylflut hat uns in den letzten Jahren eine nie da gewesene Massenüberfremdung beschert. Beim weitaus größten Teil handelt es sich hierbei nicht um Asylberechtigte nach dem Art. 16a Grundgesetz, sondern vielfach um Asylbetrüger oder so genannte Flüchtlinge, die aufgrund des finanziellen Anreizes mithilfe krimineller Schlepperbanden durch etliche sichere Länder flüchten, um sich im Wohlfühlstaat BRD niederzulassen.

Nummer 522

Die Partei DER III. WEG fordert eine sofortige Abschiebung aller illegalen und kriminellen Ausländer aus Deutschland mitsamt anschließendem Einreiseverbot. Die Zielpersonen müssen konsequent aufgespürt und anschließend in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Sollte das Herkunftsland des sich illegal in Deutschland befindenden oder straffällig gewordenen Ausländers von diesem nicht angegeben werden, ist dieser bis zu einer eindeutigen Identitätsfeststellung in gesonderte Haft zu nehmen.

Nummer 523

Mehr als jeder dritte Hartz-IV-Empfänger ist Ausländer, wobei auch hier die Fremdländer mit deutschem Pass genauso wie Asylanten nicht eingerechnet sind. Dauerhaft erwerbslose Ausländer sind auszuweisen, da sie ebenfalls – wie illegale und kriminelle Fremdländer – das Gastrecht missbraucht haben.

Nummer 524

Nur ein kontinuierlicher Abbau der Ausländerbeschäftigung durch die vorrangige Besetzung jedes frei werdenden Arbeitsplatzes mit einem deutschen Arbeitnehmer und die gleichzeitige Rückführung aller arbeitslosen außereuropäischen Fremdländer kann die Überfremdung stoppen.

5. Stärkung der Bürger- und Freiheitsrechte

Nummer 525

George Orwells "1984" scheint immer realer zu werden. Mit dem vermeintlichen Kampf gegen den Terrorismus verabschieden wir uns zunehmend von Gütern wie der Unschuldsvermutung, sicherer Kommunikation sowie informationeller Selbstbestimmung und treten in einen Überwachungsstaat ein, in welchem die Torgefahr in Wahrheit immer größer wird. Hinzu kommt, dass in diesem Zuge die Überwachungseinrichtungen vor allem gegen Dissidenten und Vertreter unliebsamer Meinungen eingesetzt werden und eine regelrechte Hetzjagd auf systemkritische Deutsche losgetreten wurde.

Nummer 526

Die persönliche Freiheit eines jeden Deutschen, seine religiösen, weltanschaulichen und moralischen Überzeugungen zu bilden, zu äußern und zu befolgen, müssen gegeben sein, ohne dabei überwacht und verfolgt zu werden. Meinungsfreiheit darf nicht zu einer Mutprobe werden!

Nummer 527

Während man bei erstmaligen mit erzieherischen Maßnahmen in kasernenähnlichen Anstalten eine Wiedereingliederung versucht, muss notorische Straftäter die ganze Strenge des Gesetzes treffen. Für Kinderschänder und -mörder fordert die Partei DER III. WEG außerdem die Einführung der Zwangskastration sowie der Todesstrafe.

Nummer 528

Die Bürger- und Freiheitsrechte unseres Volkes werden durch die zunehmende Überfremdung stetig eingeschränkt – zum einen, da die körperliche Unversehrtheit von Deutschen durch kriminelle Ausländer gefährdet wird, zum anderen durch eine immer realer werdende Torgefahr, welcher der Staat mit zunehmender Überwachung begegnet.

Nummer 529

Die Zensur hat in der BRD Hochkonjunktur. Unzählige Bücher und auch Tonträger sind indiziert, was einem Verbot gleichkommt, und durch das Strafgesetzbuch wird die grundgesetzlich verbriefte Meinungsfreiheit deutlich eingeschränkt. So sind beispielsweise öffentliche Diskussionen über historische Darstellungen strengstens verboten. [...] Die Gesinnungsparagrafen des Strafgesetzbuches sind ersatzlos zu streichen und sämtliche politisch Verfolgte aus den Gefängnissen zu entlassen.

Nummer 530

Der berechtigte Unmut mündiger Bürger wird hierbei als "Hass" empfunden, und "Fake-News" sind oftmals unbequeme Wahrheiten, die unter den Tisch gekehrt werden sollen. Die Partei DER III. WEG setzt sich für die Meinungsfreiheit auch im Internet ein und fordert die Abschaffung des NetzDG sowie anderer gleichartiger Gesetze und Beschlüsse.

6. Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen

Nummer 531

Ein natürliches Sozialempfinden, was nur in einer biologisch und kulturell verbundenen Gemeinschaft möglich ist, ist Grundlage einer zukunftsorientierten und gerechten Ordnung. Nationales Denken verpflichtet zu sozialem Handeln!

Nummer 532

Die Wissensvermittlung muss hierbei mit der Charakterbildung Hand in Hand gehen. Nicht nur die Theorieweitergabe ist hierbei von Bedeutung, sondern ebenso die körperliche Willensbildung durch Sport sowie eine Beherrschung der naturhaften Triebe durch die Aneignung geistigen Willens in Verbindung mit einem hohen menschlichen Ideal.

7. Umweltschutz ist Heimatschutz

Nummer 533

Eine ökologisch verträgliche Landwirtschaft ist der beste Umwelt- und Menschenschutz. Mit dem Anbau eigener Nahrung im häuslichen Garten gewinnt unser Volk wieder ein gesundes Verständnis vom Umgang mit Lebensmitteln. Genmanipulierte und menschengeschädliche Erzeugnisse sind durch qualitativ hochwertige Produkte aus heimischen Ländern zu ersetzen. Klasse statt Masse, Reduzierung des Fleischverzehr und Sicherstellung der familiären Nutzung von Grund und Boden durch eine entsprechende Gesetzgebung sind wesentliche Eckpfeiler einer gesunden und ganzheitlichen Ernährung.

Nummer 534

Die zunehmende Verstädterung einerseits wie auch die Entvölkerung ganzer Landstriche andererseits müssen gestoppt werden. Stetig wachsende Ballungszentren lassen den ländlichen Raum ausbluten. Arbeitsplätze müssen dort geschaffen werden, wo auch die Menschen leben. Großstädte mit über 100 000 Einwohnern sind menschen- und familiengerecht zurück- und umzubauen.

8. Kein deutsches Blut für fremde Interessen

Nummer 535

Der Wehrdienst ist eine Ehrensache für Volk und Heimat, dessen oberstes Gebot die Sicherheit des eigenen Volkes ist. Heimatverbundene Politik ist seit jeher auch eine Schutzpolitik gegen äußere Feinde, und so befürwortet die Partei DER III. WEG eine militärische Ausbildung und steht für die Einführung eines Volksdienstes, in dem neben Disziplin und Kameradschaft auch der Dienst an der Waffe gelehrt wird.

Nummer 536

Tausende Bundeswehrsoldaten sind aktuell an Auslandseinsätzen beteiligt und leisten dort keinen Heimatschutz, sondern verteidigen die Interessen von US-israelischen Imperialisten.

Nummer 537

Der Kampf gegen den Terror, den sich insbesondere die USA und Israel auf ihre Fahnen geschrieben haben, ist nur ein Deckmantel ihrer geopolitischen Großmachtfantasien und muss sofort gestoppt werden!

Nummer 538

Zudem werden Rebellengruppen ausgebildet, die gegen rechtmäßige Regierungen freier Staaten aufbegehren und so im Interesse gewissenloser Imperialisten weitere Konflikte schüren. Eine Beendigung der Waffen- und Geldlieferungen an die Kriegstreiber aus USA und Israel sowie ihre Verbündeten ist Ziel der Partei DER III. WEG.

Nummer 539

Ziel der Partei DER III. WEG ist daher der Austritt aus dem NATO-Wahnsinn. Nur dadurch kann Deutschland seine Unabhängigkeit und Neutralität in der Außenpolitik wiedererlangen und der imperialistischen Aggressionspolitik der Vereinigten Staaten eine Absage erteilen.

9. Schaffung einer Europäischen Eidgenossenschaft

Nummer 540

Ein – der natürlichen Ordnung entgegenstehender – „Alle Menschen sind gleich“-Internationalismus mitsamt seiner multikulturellen Ideologie ist deshalb zum Schutz der Völkervielfalt abzulehnen.

Nummer 541

Europa ist ohne Zweifel die Wiege der Zivilisation. Ob Geisteswissenschaften, Architektur, Kunst oder Kultur: die europäischen Völker schenkten der Welt unzählig viel Reichtum, der mit Geld und Gold nie aufgewogen werden kann.

Nummer 542

Unter einem Europa der Vaterländer versteht unsere nationalrevolutionäre Partei die Wiederherstellung selbstbestimmter Nationen, welche sich nicht dem Diktat aus Brüssel zu unterwerfen haben und endlich wieder Hoheit über ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik, sowie innerstaatlicher Gesetzgebung erlangen.

Nummer 543

Ohne Einfluss von Weltmächten wie den USA und fernab von Ausbeutungsinstrumenten wie der EU, dem Europaparlament, Internationale Währungsfonds (IWF), der Weltbank oder dem Nordatlantikpakt (NATO) soll eine Festung aus Geist und Tat zum Erhalt unserer völkischen Eigen- und Lebensarten entstehen. Aus diesen genannten internationalistischen Bündnissen und Einrichtungen müssen sich deshalb die Völker Europas lösen.

Nummer 544

Derzeit wird unsere europäische Völkervielfalt vor allem durch die nicht enden wollende Zuwanderung aus arabischen und afrikanischen Ländern bedroht, was merklich nicht durch einzelne Staaten zu bewältigen ist. Nur eine konsequente und europaweite Grenzsicherung kann dieser fundamentalen Entwicklung ein Ende bereiten.

Nummer 545

Nur durch die Festung Europas können sich unsere Völker vor dem Ansturm Millionen Fremder schützen und ihre jeweilige Identität erhalten.

10. Deutschland ist größer als die BRD

Nummer 546

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein nach dem Zweiten Weltkrieg von den westalliierten Besatzern installiertes Konstrukt, welches bis zum heutigen Tag keine volle Souveränität erlangt hat.

Nummer 547

Rund 17 Millionen deutsche Zivilisten wurden bis 1949 von Polen, Russen, Tschechen, Ungarn, Serben und anderen gewaltsam aus ihrem angestammten Lebensraum vertrieben. [...] Ein Drittel des Reichsgebietes wurde völkerrechtswidrig abgetrennt und von den östlichen Nachbarstaaten einverleibt.

Nummer 548

In Schullandkarten der BRD-Lehranstalten stehen bei Brünn und Eger heute inzwischen nur noch ihre slawisierten Ortsnamen und in großen Lettern prangt darüber befremdlich die Nationalbezeichnung „Tschechische Republik“. Breslau wird in bundesdeutschen Geschichtsbüchern wahrheitswidrig als polnische und Königsberg als russische Stadt ausgegeben. Fragt heute ein Kind seine Mutter, wo die Oma einst geboren wurde, bekommt es immer öfter zu hören in Polen oder der Tschechei, obwohl eigentlich Schlesien oder das Sudetenland gemeint sind.

Nummer 549

Noch immer sind die deutschen Ostgebiete völkerrechtswidrig besetzt und die Landräuber erfreuen sich der vertraglichen Zusicherung der volksfeindlichen BRD-Regierung, an dem Status Quo auch nichts ändern zu wollen. Auch die deutschfeindlichen und verbrecherischen Bestimmungen der Besatzerregierungen bezüglich der Vertreibung (z.B. Benes-Dekrete) sind weiterhin in Kraft.

Nummer 550

Mit dem unaufhaltsamen Ableben der Zeitzeugen innerhalb der Vertriebenenverbände setzt sich eine immer größere Verrätermentalität durch und findet auch scheinbar keinen Widerspruch an der Vereinsbasis. So änderte 2015 die Sudetendeutsche Landsmannschaft ihre Satzung, indem sie nicht mehr länger die Rückgabe ihrer früheren Heimat einfordert.

Nummer 551

Im Gegensatz zu den Vertriebenenverbänden und der regierenden Volksverräter setzt sich die Partei DER III. WEG für die Erringung der Freiheit aller Deutschen innerhalb und außerhalb der gegenwärtigen deutschen Teilstaaten ein und strebt eine friedliche Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen an. Die beteiligten Völker werden dabei miteinander neue Regelungen für ihr Zusammenleben finden. Der zukünftige deutsche Staat gewährt allen nichtdeutschen Volksgruppen in ihren geschlossenen Siedlungsgebieten vollständige Autonomie. Es sind die traditionellen und kulturellen Besonderheiten dieser Volksgruppen zu schützen und zu fördern.

Nummer 552

Die nationalrevolutionäre Partei DER III. WEG favorisiert nicht den Anschluss der deutschen Ostgebiete an die BRD, sondern vielmehr die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches, was die Ostgebiete selbstredend mit einschließt. Mit dieser Wiederherstellung wird dem deutschen Volk auch seine Unabhängigkeit wiedergegeben, wodurch auch ein lange fälliger Friedensvertrag geschlossen und die Militärbesatzung durch die USA beendet werden kann.

Die Rechte - Programm der Partei

1. Wahrung der Identität

Nummer 601

Seit einigen Jahrzehnten ist die Selbstaufgabe der deutschen Sprache durch massenhafte Übernahme von Fremdwörtern zu beobachten. Insbesondere durch die Werbung werden immer neue Anglizismen eingeführt und verbreiten sich rasch in Teilen des Volkes. Dies kann nicht nur zu Kommunikationsstörungen führen, sondern bewirkt vor allem ein Verkümmern unserer Muttersprache. Wir treten daher für die Einführung einer Akademie zum Schutz der deutschen Sprache ein, welche neue Worte eindeutscht und bereits verdrängte wiederbelebt. Ein generelles Werbeverbot in ausländischen Sprachen muss erlassen werden und auch die Medien haben sich wieder ausschließlich der deutschen Sprache zu bedienen.

Seite 1

Nummer 602

Die deutsche Kultur mit ihren zahlreichen Prägungen ist in der ganzen Vielfalt zu erhalten und zu fördern. Insbesondere Vereine, die sich mit der Pflege von Traditionen, regionaler oder gesamtdeutscher Geschichte, Kunst und Musik verdient machen, sind staatlich zu fördern. Gleichzeitig sind übermäßige fremde Einflüsse, wie z.B. die Amerikanisierung, zurückzudrängen und durch ein Wiederentdecken der eigenen Kultur zu ersetzen.

Seite 1

Nummer 603

Wir wollen daher umsetzen, dass die Duldung von dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländern aufgehoben wird. Darüber hinaus bedarf es einer Straffung der Asylverfahren und sofortiger Abschiebung bei Ablehnung des Asylantrags oder Wegfall des Asylgrundes.

Seite 2

2. Kein Verzicht auf berechnigte deutsche Interessen

Nummer 604

Alle Anstrengungen für die Bewahrung des deutschen Charakters unseres Vaterlands und die Sicherung seiner Zukunft würden sinnlos, wenn es Politikern im Bund mit der Meinungsindustrie gelänge, Deutschland in einem Vielvölkerstaat beziehungsweise einer "Europäischen Union" aufzulösen.

Seite 2

Nummer 605

Die Abtrennung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße als Kriegsfolge widerspricht völkerrechtlichen Grundsätzen. Wir wissen aber auch, dass nicht Gewaltanwendung, sondern nur friedliches Einvernehmen unter den Völkern eine Linderung oder auch Korrektur dieser Lage herbeiführen kann und darf.

Seite 2

3. Gleichberechtigung für Deutschland

Nummer 606

Die den Deutschen vielfach zugemutete einseitige Vergangenheitsbewältigung, in der Art einer Zuweisung von Kollektivschuld oder Kollektivverantwortung, beeinträchtigt unsere Gleichberechtigung in der Völker- und Staatenfamilie. Wir wenden uns dagegen, dass kommende Generationen einer Diskriminierung ausgesetzt bleiben und für Vorgänge verantwortlich gemacht werden, an denen sie nicht mitgewirkt haben.

Seite 3

Nummer 607

Das Ansehen und die Ehre des deutschen Soldaten müssen in unserer Rechtsordnung besser geschützt sein. Wer Leistungen und Leiden der Frontgeneration leugnet oder verächtlich macht, versündigt sich am Andenken der Gefallenen, verletzt die Menschenwürde der Überlebenden und nimmt Bundeswehrsoldaten die zur Erfüllung ihrer Aufgaben unabdingbare Motivation.

Seite 3

4. Familie

Nummer 608

Trotz der dramatischen demografischen Entwicklung werden jährlich noch immer hunderttausende Kinder im Mutterleib durch Abtreibung getötet. Wir fordern, dass Abtreibungen nur noch in wenigen Härtefällen auf Wunsch der werdenden Mütter durchgeführt werden dürfen. Härtefallregelungen können z.B. bei Schwangerschaften aus Sexualdelikten, bei erwiesenen schweren Behinderungen der Kinder oder bei lebensbedrohlichen Gefahren für die werdenden Mütter in Kraft treten.

Seite 4

Nummer 609

Da die Familie vom Grundgesetz unter besonderen Schutz gestellt ist, dürfen homosexuelle Partnerschaften, welche die Funktion der Familie nicht ersetzen können, keine rechtliche Gleichstellung erfahren. Wir sind der Auffassung, dass ausschließlich das Leitbild von Vater und Mutter eine gesunde Entwicklung des Kindes gewährleisten kann und lehnen daher das Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Lebenspartner, zum Wohl des Kindes, ab.

Seite 4

5. Schaffung von Arbeitsplätzen

Nummer 610

Wichtige Felder im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sind die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit gefährdeter Unternehmen (z. B. der Werft- und Stahlindustrie) und die Förderung von Zukunftstechnologien. Auch durch Umweltschutzmaßnahmen, durch Erhaltung und Wiederherstellung der historischen Substanz unserer Städte und Dörfer, durch freiwilligen Jugenddienst im Sozial- und Umweltbereich können Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies kann nur mit wirksamer staatlicher Unterstützung erfolgen.

Seite 4

6. Der Bürger im Mittelpunkt

Nummer 611

Wir wehren uns leidenschaftlich gegen Bestrebungen, den politisch Andersdenkenden zu verteufeln, an die Stelle von Argumentation und Diskussion die Gewaltanwendung zu setzen, Rechtsbrüche als "politisch" zulässig zu entschuldigen, die Verfassung durch eine "Verfassungswirklichkeit", die von Sinn und Wortlaut des Grundgesetzes abweicht, zu ersetzen und eine andere Republik, Rechts- und Staatsordnung herbeizuzwingen. Die Wertordnung, die unsere Verfassung verbürgen will, muss verwirklicht werden.

Seite 5

7. Sicherung der Renten und Sozialleistungen

Nummer 612

Deutschland darf nicht länger Zahlmeister für fremde Interessen sein. Wir erstreben eine drastische Kürzung überhöhter Ausgaben für das Ausland, auch für die Europäische Union. Wir bejahen gezielte Entwicklungshilfe. Wir lehnen aber Entwicklungshilfe ab, soweit die vom deutschen Steuerzahler erarbeiteten Entwicklungsleistungen zur Stärkung einer die Menschenrechte verletzenden Politik oder gegen berechnete deutsche Interessen eingesetzt werden. Unabhängig davon befürworten wir die Verwendung von Lebensmittelüberschüssen der Europäischen Gemeinschaft zur Linderung von Hungersnöten in der Dritten Welt.

Seite 5

8. Schutz vor Kriminellen

Nummer 613

Wir fordern Gesetzgeber und Behörden auf, dem Missbrauch des Demonstrationsrechts zur Begehung von Straftaten und zur Ausschaltung von Grundrechten des politischen Gegners ein Ende zu bereiten. Wir befürworten die Wiedereinführung des alten Straftatbestandes des Landfriedensbruchs, dessen Abschaffung dem Straßenterror Tür und Tor öffnete.

Seite 5

Nummer 614

Um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, bedarf es einer handlungsfähigen, hinreichend ausgerüsteten Polizei, die nicht länger Prügelknabe einer verfehlten Politik sein darf.

Seite 5

9. Hilfe für den Mittelstand und den deutschen Bauern

Nummer 615

Die deutsche Landwirtschaft musste für die Europäische Union die größten Opfer bringen. Ungeachtet aller Tüchtigkeit unserer Bauern und einer vordem undenkbaren Produktivität werden immer mehr landwirtschaftliche Betriebe mit zunehmender Verschuldung in die Existenzkrise und zur Selbstaufgabe getrieben. Wir haben die Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebes, einschließlich des Zuerwerbsbetriebs, zum Ziel und fordern die Abkehr von der EU- Massenproduktion in Agrarfabriken. Die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel ist zu fördern. Unter anderem durch eine umfassende staatliche Entschuldungsaktion muss der Vernichtung des Bauerntums Einhalt geboten werden.

Seite 6

10. Demokratie

Nummer 616

Sowohl die vom Volke gewählten Regierungen, als auch die im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien nehmen oftmals ihren Wählerauftrag nicht mehr ernst. Immer wieder werden politische Beschlüsse erlassen oder Gesetze verabschiedet, die nicht dem Wählerinteresse entsprechen oder gar gegen politische Mehrheiten stehen. Zunehmend werden gegen erlassene Gesetze Rechtsmittel eingelegt und vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt.

Seite 6

Nummer 617

Jeder politischen Partei, ohne Rücksicht auf ihre Größe, ist entsprechend dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes die Chance zur Mitwirkung an der Staatswillensbildung zu eröffnen und offen zu halten, solange ihre Ziele und Aktivitäten mit unserer Verfassung in Übereinstimmung stehen. Daher muss auch die 5-Prozent-Hürde auf Bundes- und Landesebene aufgehoben werden.

Seite 6

Nummer 618

Das vom deutschen Gebührenzahler finanzierte Programm im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen, aber auch das der privaten Anbieter, hat sich an den Werten des Grundgesetzes auszurichten. Es ist untragbar, dass im deutschen Rundfunk und Fernsehen überwiegend einseitige Meinungsbildung im Sinne der Regierenden betrieben wird.

Seite 6

Nummer 619

Auch haben alle Sendungen auf das sittliche und moralische Empfinden der Mehrheit der Bürger Rücksicht zu nehmen. Fremde Einflüsse auf unsere Kultur müssen auf ein vernünftiges Maß beschränkt werden. Deutsche Künstler sind leistungsgerecht zu fördern. Wir erstreben eine Direktwahl der Rundfunk- und Fernsehräte durch die Bevölkerung.

Seite 6

11. Umweltschutz

Nummer 620

Nachhaltigere Forstwirtschaft dient dem Waldschutz; dabei dürfen keine Monokulturen schnell wachsender Bäume der Regelfall sein. Vielmehr müssen Mischwälder entstehen, um einen natürlichen Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu schaffen. Eine Gesundung des deutschen Waldes führt zu weniger Schadinsekten und Pilzschäden, die den Bäumen zusetzen.

Seite 7

12. Tierschutz

Nummer 621

Das Töten der Tiere darf nur zu sinnvollen Zwecken erfolgen und muss so kurz und schmerzlos wie möglich erfolgen. Hier muss der Tierschutz über die Religionsfreiheit gestellt werden und somit ist das qualvolle Schächten von Tieren ausnahmslos zu verbieten. Zudem ist in der konventionellen Fischerei der ungewünschte Beifang zügig wieder auszusetzen, um unnötige Schäden am Fischbestand zu vermeiden.

Seite 9

13. Energiepolitik

Nummer 622

Ein wesentlicher Bestandteil der Abfallvermeidung, der Schonung von Ressourcen und der Energieeinsparung ist die Wiederaufarbeitung von Materialien, auch Recycling genannt. Das Wiederverwenden und Verwerten von Gütern und Materialien muss weiter ausgebaut werden. Der massenhafte Abverkauf von wertvollen Rohstoffen in das Ausland ist einzudämmen.

Seite 10

14. Bildung

Nummer 623

Da die Rohstoffvorkommen in Deutschland sehr beschränkt sind, ist es vor allem die Bildung, auf welcher der Wohlstand unseres Landes basiert. Dennoch ist gerade auf dem Bildungssektor eine ausgesprochene politische Experimentierfreudigkeit zu beobachten, die nicht nur immer neue Schnellschüsse hervorbringt und Unsummen von Steuergeld verbrennt, sondern auch das deutsche Bildungssystem nachhaltig schädigt.

Seite 10

Nummer 624

Wir lehnen die Einführung des Islamunterrichts an deutschen Schulen strikt ab, da dieser nicht im Einklang mit den abendländischen Werten unserer Kultur steht. Dagegen fordern wir, dass umfassende Kenntnisse über Demokratie, deutsche Kultur, Sprache und Geschichte vermittelt werden, auch im Hinblick darauf, die Liebe zu Heimat und Volk zu fördern.

Seite 11

Nummer 625

Studiengebühren lehnen wir für die Regelstudienzeit ab. Nur so kann wirkliche Chancengleichheit gewährleistet sein und zudem wird der Anreiz gegeben, das Studium innerhalb dieser Zeit abzuschließen. Ausländische Studenten müssen an deutschen Hochschulen und Universitäten Studiengebühren zahlen. Das bewährte und weltweit anerkannte Diplom ist zum Nachteil der Master- und Bachelorabschlüsse wieder einzuführen; der Verschulung des Studiums ist entgegenzutreten.

Seite 11

15. Europa

Nummer 626

Das schleichende Ziel von EU-Befürwortern, einen europäischen Staat mit einem europäischen Volk zu schaffen, verstößt gegen das Völkerrecht und ist somit ein Verbrechen. Wir lehnen die EU in der entarteten Form samt ihrer diktatorischen Züge strikt ab.

Seite 12

Nummer 627

Der Europäische Verbund hat seine Grundlage in der gemeinsamen abendländischen Kultur und ist geografisch auf den Kontinent Europa begrenzt. Aus diesem Grund können keine außereuropäischen und islamischen Staaten dem Bund beitreten.

Seite 12

Nummer 628

Die Vielfalt europäischer Völker, Sprachen und Traditionen sind eine Bereicherung und deren Erhaltung ist fester Bestandteil des Europäischen Verbunds. Um die dafür benötigten souveränen Staaten zu stärken, bedarf es der Einführung nationaler Währungshoheiten. Zudem sind staatliche Grenzkontrollen notwendig, um eine effektive Bekämpfung von illegaler Einwanderung und internationaler Kriminalität gewährleisten zu können. Eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Verbundstaaten muss gegeben sein, daher ist von der Erhebung von Zöllen zwischen den Verbundländern abzusehen.

Seite 12

Quellen

Quelle AfD - Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017:

https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf

Letzter Zugriff: 18.05.2021, 16:30

Quellen AfD – Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021:

<https://www.afd.de/wahlprogramm/>

Letzter Zugriff: 10.06.2021

Quelle AfD - Grundsatzprogramm:

<https://www.afd.de/grundsatzprogramm/#>

Letzter Zugriff: 17.05.2021, 15:00

Quelle NPD – Wahlprogramm:

https://npd.de/Parteiprogramm_NPD.pdf

Letzter Zugriff: 17.05.2021, 15:30

Quelle Der dritte Weg – 10 Punkte Programm:

<https://der-dritte-weg.info/zehn-punkte-programm/>

Letzter Zugriff: 17.05.2021, 15:20

Quelle Die Rechte – Programm der Partei:

<https://die-rechte.net/wp-content/uploads/2018/04/Programm2018.pdf>

Letzter Zugriff: 18.05.2021, 15:50